

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . K<sup>o</sup> 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich (inkl.)

6. Jahrgang.

Mittwoch, 3. März 1926.

Nr. 53.

## Die Regierung „droht“!

Die abgrundtiefe Dummheit, die in vorzeitigen Parlamentswahlen ein Rettungsmittel für die allnationale Koalition sah, hat sich bekanntlich bis auf die Knochen blamiert. Am Tage nach den Wahlen hatten die politischen Chirurgen alle Hände voll zu tun, um die zerfallenen Knochen der Koalitionsmehrheit zusammenzuflicken, was nur durch den infamen Betrug des dritten Skrutiniums und durch die Anjektion der Hinzuziehung einer sechsten Partei in die Koalition möglich war. Die angerufene Wählerliste hat über das herrschende Regierungssystem ein Vernichtungsurteil gefällt, das überall, wo noch auf demokratische Sitten gehalten wird, ausgereicht hätte, seine Abdankung herbeizuführen. Von der einen heillosen Blamage sollten ihre Väter gerade genug haben, dennoch scheint ihnen nach einer neuen und noch größeren zu gelüsten. Die gewaltigen Denkerhirne der Neumalweisen, die sich mühen, den Staat zugrunde zu regieren, wälzen, wenn man dem Organ des Ministerpräsidenten glauben kann, den Gedanken, es mit noch maligen Neuwahlen zu versuchen. Sie kalkulieren: wenn es das einmal nicht ging, vielleicht geht es ein nächstes oder übernächstesmal. Man hat es hier mit der profunden Weisheit zu tun, von der sich die einstigen Lotterieschwester leiten ließen. Das Glück ist kugelrund, es rollt, und kamen die aus dem Traumbüchel gedruckten Nummern nicht bei der einen Ziehung heraus, so probierte man es halt bei der nächsten. An diese erhabene Tradition knüpft die uns von der Vorführung ausgewählte Regierungswisheit an und hofft, mit jenem Ernst, der auch die weiland Lotterieschwester auszeichnete, wenn das erstmal bei den Wahlen eine Niete gezogen wurde, so werde — vielleicht — das zweitemal der Fortuna der Koalition ein freundlicheres Lächeln abzugewinnen möglich sein. Der „Venkov“, das Blatt des Ministerpräsidenten, gibt dieser Regierungswisheit so Ausdruck:

„Auch unserer Republik wird es einmal nicht erspart bleiben, daß in ihr, wenn nötig, zweimal in einem Jahre Wahlen für die Nationalversammlung vorgenommen werden. Der Staat braucht eine starke Regierung und eine gute Verwaltung. Erhält die Regierung in der Nationalversammlung keine Stütze, muß das Volk aufs neue über die Zusammenkunft des Parlaments entscheiden. Von solchen Wahlen, welche einige Monate nacheinander vorgenommen werden, sind manche Überraschungen zu erwarten.“

Das wird dann noch in verschiedenen Variationen wiederholt. Bei dem Umstande, daß Dummheit und Brutalität einträchtig auf dem Holze unserer Beherrscher wachsen, kann man diese Proklamation des „Venkov“ nicht als eine bloße Drohung auffassen. Das Spiel der Auflösung und Neuwahl des Parlaments so lange fortzusetzen, bis sich einmal vielleicht doch das Wunder ereignet, daß für die Regierung eine bessere Mehrheit herauskommt, ist sicher durchaus ernst gemeint. Es ist ja auch das letzte Mittel, das der verfrachteten Koalition übrig bleibt, denn sie steht auf zitterigen Füßen und jeden Augenblick droht ihr die Buxte auszugehen.

Noch aus einem anderen Grunde ist die Ankündigung des Blattes glaubhaft: die ihr zugrunde liegende Taktik ist durchaus auf der Linie der Taktik der Koalition gegenüber der Opposition und diese Taktik heißt: Zermürben! Bei der Wählerschaft, die hinter den oppositionellen Parteien steht, soll der Eindruck erweckt werden, daß sie gegen eine unzerstörbare eiserne Mauer anrennen, wenn sie hofft, durch Kampf oder Ausgleich zur Herstellung nationaler Rechtszustände zu kommen. Die nicht „staatsstreuen Elemente“ sollen erkennen, es sei alles vergeblich, keine Auflehnung gegen Unrecht und Willkür könne ihnen helfen, sondern nur bedingungslose Unterwerfung unter das Regime der nationalen Fremdherrschaft, das ihnen dann vielleicht ein bißchen in der Regierung mitzu—reden anständig erlauben wird. Hoffnungslos machen und zermürben, darauf geht die Koalition gegenüber der Opposition planmäßig aus, darum

## Die Karlsbader Polizei knüppelt Arbeiter nieder.

Eine machtvolle Demonstration der Karlsbader Sozialdemokratischen Arbeiterschaft. — Statt einer drei Massenversammlungen mit 15.000 Teilnehmern. — Die Polizei provoziert furchtbare Zusammenstöße. — Hejagad auf Fliehende.

Karlsbad, 2. März. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte für heute vier Uhr nachmittags ihre Anhänger zu einer Protestkundgebung gegen die Sprachensverordnung, gegen die Wirtschaftspolitik, die neuen Steuern und die Verlängerung der Militärdienstzeit ausgerufen. Als Versammlungsort war der Marktplatz vorgesehen und für den Fall, daß Regenwetter eintreten sollte, die Sprudelkolonade. Tatsächlich regnete es und so begaben sich die Teilnehmer der Demonstration in die Sprudelhalle, die sich bald zu klein erwies.

Alle Fabriken, alle Betriebe  
standen still.

Immer neue Massen rückten heran und im Augenblicke bildete sich eine zweite Versammlung vor der Sprudelhalle; aber auch dieser Raum reichte nicht aus, die Massen zu fassen, und bald war eine dritte Versammlung auf dem Marktplatz zustande gekommen. In der Sprudelhalle sprach Abgeordneter Genosse de Witte, in der zweiten Versammlung Genosse Scharing, auf dem Marktplatz Genosse Wondral.

Nach Schluß der Versammlung setzte sich  
eingewaltiger Zug

in Bewegung. Alles ging in vollster Ordnung vor sich. Trotz der ungeheuren Erregung, die alle Menschen ob der Regierungsmahnahmen

stimmt sie unbezogen alle ihre Anträge und Anregungen nieder, ignoriert alle ihre Klagen. Wämische und Proteste, und jeder Beschwerde über eine verübte Gewalttat läßt sie als Antwort eine neue Gewalttat folgen. Hoffnungslos machen und zermürben — das ist auch die Triebfeder des Gedankens, durch wiederholte Neuwahlen des Wahlsfeld so lange zu versuchen, bis es sich einmal gnädig zeigt, und durch die erhoffte Erschlaffung der oppositionellen Wählerschaft den Machthabern eine brauchbare Mehrheit bringt. Wahlen haben nämlich für alle Parteien eine unangenehme Eigenschaft, sie kosten Geld, viel Geld, da nicht nur die Wahlagitatorien durch Versammlungen Flugblätter, Plakate u. a. viele Mittel erfordert, sondern auch, weil sich die Regierung von den Parteien die Kosten der Wählerlisten und Stimmzettel gut bezahlen läßt. Die Drucklegung der Kandidatenlisten allein zwingt jeder Partei Kosten in der Höhe von dreimalhundert bis viermalhunderttausend Kronen auf. Die Befreiung der bedrängten Regierung von allen oppositionellen Nöten erscheint danach den Ausern nach öfterer Wiederholung von Neuwahlen als eine einfache Rechenaufgabe. Es wird so lange gewählet, bis die oppositionellen Parteien für die Wahlauslagen kein Geld mehr aufbringen, dann müssen die Regierungsparteien das Rennen gewinnen, denn ihre Mittel sind, dafür sorgt schon die Regierungsfutterkrippe, unerschöpflich. Es ist bezeichnend und lehrreich, wie sich in den Regierungsköpfen die Welt malt: nicht danach steht ihr Sinn, durch eine Aenderung ihrer Politik das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung zurückzugewinnen, sondern durch Anwendung aller möglichen und unmöglichen Mittel den Willen der Bevölkerung zu brechen. Bei den nichttschechischen Parteien könnte diese Spekulation auf die Zahlungsfähigkeit dieser Parteien der Regierung keinerlei Nutzen bringen, denn wenn sich auch Verschiebungen ergeben sollten, zur Stärkung der Regierungsmehrheit würden sie nicht das geringste beitragen, es bleibt also nur die Hoffnung, die Kommunisten zu dezimieren. Aber gerade bei diesen ist am wenigsten zu erwarten, es könnte ihre Parteikasse ausgeschöpft werden, denn wenn die Koalitionsparteien die

ergriffen hatte, wäre ein Zwischenfall nicht eingetreten, wenn man die Jüge, so wie es schon seit Jahrzehnten in Karlsbad war, hätte ruhig passieren lassen.

Beim Theaterkaffee

isperzte aber ein Zug der Staatspolizei die Straße ab,

um die Demonstranten nicht zum Gebäude der politischen Bezirkverwaltung kommen zu lassen. Um die Gefahr, die aus dem Verhalten der Polizei hätte entstehen müssen, abzuwenden, intervenierten die Genossen de Witte und Horn beim diensthabenden Polizeikommissar wegen Freigabe des Weges. Der Polizeikommissar beteuerte, daß er den Zug nicht weiter lassen, weil die Demonstration nicht bei der Polizei gemeldet worden sei. Schließlich sah er aber ein, daß sein Standpunkt unmöglich zu halten war, und erklärte, auf eigene Verantwortung den Weg freizugeben.

Tatsächlich setzte sich der Zug in Bewegung, aber im nächsten Augenblick gingen die Polizisten gegen die Demonstranten los, suchten sie zurückzudrängen und eben, noch bevor die Leute überhaupt umkehren konnten, mit Gummiknütteln wie besessen auf die Leute ein, die nicht schnell genug fliehen konnten.

effene und heimliche materielle Förderung durch die Regierung finden, so stehen den Kommunisten russische Gelder zur Verfügung und es steht noch nicht fest, welche Quelle die unerlöschliche ist. So lange die Regierungspolitik alles darauf angelegt hat, die Kommunisten wie in einem Treibhause aufzuzüchten, werden ihr auch zehn Neuwahlen nicht helfen, die kommunistische Partei zu schwächen und ihrer Mehrheit auf die Füße zu helfen.

Ein deutlicheres Zeugnis ihrer Schwäche konnte der Regierung nicht ausgestellt werden, als es in der obenzitierten Äußerung des Svehla-Blattes geschieht. Worauf sie noch wartet, was ihre klägliche Lage verbessern könnte, das sind — „Überraschungen“! Das ist die vage Hoffnung auf das Mirakel, das sich bei fortgesetztem Wahl-Lotteriespiel einmal möglicherweise eine Zusammensetzung des Parlamentes ergibt, welche die Erhaltung des Systems der nationalen Vorherrschaft der tschechischen Bourgeoisie wieder auf eine Zeitlang gewährleistet. Aus der Äußerung des Svehlaorgans leuchtet auch noch ein anderer interessanter Gedankengang hervor, das ist, daß diese Regierung tatsächlich unersetzbar ist, und daß es für die Tschechoslowakische Republik nur eine einzige Regierungsform gibt, eben die der allnationalen Hochgebirgsform. Erhalten die Hüter dieser Regierungsform bei Wahlen keine tragfähige Mehrheit, dann muß das Parlament gehen, nicht aber die Leute in der Regierung, denen die Wählerschaft mit aller Deutlichkeit ihr Mißtrauen ausgesprochen hat. Da wage noch jemand zu zweifeln, daß, wie es so schön in unserer Verfassungsurkunde zu lesen ist, die einzige Quelle der gesamten Staatsgewalt in der Tschechoslowakischen Republik das Volk sei! Erst macht die Regierung durch ihre Streiche — ihr jüngster aber wohl kaum ihr letzter ist die Sprachensverordnung — alle Wege ungangbar, die, wenn die eine Regierung politisch unmöglich geworden ist, zu neuen Kombinationen führen könnten, dann erklärt sie sich für unentbehrlich und unersetzbar. Was sie aber ebensowenig wie ihre Drohungen mit Neuwahlen davor schützen wird, über kurz oder lang vom Schauplatz ihres verderblichen Wirkens abzutreten.

Kinder, Frauen, alte Männer bekamen den „Vendret“ auf den Kopf. Ein junger Bursche wurde von den Polizisten in eine Ecke getrieben, wo sie wie wahnsinnig auf ihn einschlugen.

Abgeordneter de Witte wurde in dem Gedränge an ein Auto gedrückt, wo ihm Kleidungsstücke ruiniert wurden. Manche Demonstranten konnten sich nur durch einen Sprung über das Ufergelände vor den Verfolgern retten. Ein Teil drängte über das Ufer beim Hotel Pupp, um über die Alte Wiese nach Hause zu gelangen;

dort aber stellte sich ihnen wieder ein Trupp Polizisten entgegen, der sie zurücktrieb. Die Leute wahren also vor die Wahl gestellt, hüben oder drüben den Knüttel zu veripären. An dieser Stelle zog die Staatspolizei auch den Revolver, was natürlich die Erregung der Menge nur noch steigerte.

Abgeordneter Genosse Hillebrand versuchte vergebens zu intervenieren. Ein Polizeibeamter, dem er sich vorstellte, schrie ihn an: „Es ist mir ganz egal, wer Sie sind!“ Senator Lovew machte aufmerksam, daß sein gebrochener Arm noch nicht angeheilt sei; er erhielt darauf die brutale Antwort: „Wären Sie daheim geblieben.“ Lange Zeit schien es, als ob es überhaupt unmöglich sein sollte, die Ordnung wiederherzustellen.

An allen Ecken und Enden tauchten neue Polizisten auf, die immer wieder die Leute, die nachhause wollten, in die entgegengesetzte Richtung drängten.

Hätten wir nicht unsere rote Wehr gehabt, die immer wieder Ordnung stiftete, niemand vermag zu sagen, welches Ende diese Jagd genommen hätte.

Die Demonstration hat gezeigt, daß das arbeitende Volk die Politik der allnationalen Koalition nicht mehr zu ertragen vermag. Sie hat gezeigt, daß die Regierungsparteien mit ihren Reihjuben bei der Arbeiterschaft auf Granit beßen. Unsere Arbeiterschaft nimmt weder das Sprachendiktat zur Kenntnis, noch ist sie gewillt, durch immer neue Lebensmittelverteuerungen sich völlig ruinieren zu lassen. Die Kundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Karlsbad gestaltete sich zu einer wahrhaft gigantischen Demonstration, sie war getragen vom Feuer heiligster Empörung.

Aber so gewaltig diese Kundgebung war, die die Einberufer vor die Aufgabe stellte, statt einer gleich drei Massenversammlungen durchzuführen, war doch der würdige Verlauf der gesamten Kundgebung gewährleistet. Den traurigen Ruhm, die Sache gründlich geändert zu haben, kann die Staatspolizei für sich buchen, deren einzelne Organe durch unerhörte Brutalität das zu erreichen suchten, was ihnen an Ueberlegenheit, an Blick für die Situation und an Disziplin abging.

Unsere Rechnung mit der Staatspolizei ist nicht zu Ende. Der heutige Tag wird ein Nachspiel im Parlament haben und wird reichlich dafür gesorgt werden, daß das Ausland über diese Zustände nicht im Unklaren bleibt.

# Inland.

## Das Sprachenrecht.

Eine sonderbare Entscheidung des Verwaltungsgerichtes.

Die tschechischen Behörden und Gerichte gehen von der Ansicht aus, daß der Gebrauch der Minderheitssprachen im amtlichen Verkehr eine Gnade sei, ein Entgegenkommen des Staats an seine Minderheiten, mit dem man äußerst sparsam haushalten muß. Sie legen daher die sprachrechtlichen Bestimmungen immer sehr engbündig zu Ungunsten der Minderheiten aus. Selbst der Verwaltungsgerichtshof, der wegen seiner Objektivität nicht selten auch in deutschen Kreisen Anerkennung fand, ist durchaus nicht frei von dieser Engbergigkeit. Dafür liefert ein jüngst erlassenes Erkenntnis einen charakteristischen Beweis:

Ein Postbeamter aus Warnsdorf hatte an das Postministerium eine Eingabe gerichtet, die ihm, weil sie in deutscher Sprache abgefaßt war, unerledigt zurückgestellt wurde. Gegen diese Zurückweisung brachte der Beamte, ebenfalls in deutscher Sprache, die Verwaltungsbeschwerde ein, die jedoch gleichfalls ohne meritorische Verhandlung zurückgewiesen wurde, weil ihre Einbringung in deutscher Sprache unzulässig gewesen sei. In der Begründung heißt es:

„Die angelegte Verletzung des Sprachrechtes des Beschwerdeführers entstand . . . durch den Ausdruck des Ministeriums für Post- und Telegraphenwesen in Prag. Es besteht daher kein Zweifel, daß der Streit über den Gebrauch der Sprache im Sinne des § 7 des Sprachengesetzes, welchen das Oberste Verwaltungsgericht zu lösen hatte, in Prag, als dem Sitz der beklagten Behörde entstand.“

Und da nun in Prag keine qualifizierte Minderheit besteht, wäre der Beschwerdeführer zur Einbringung seiner Beschwerde in der Staatsprache verpflichtet gewesen.

Sonderbare Logik, welcher aber unabsehbare Konsequenzen haben kann. Denn wenn der Verwaltungsgerichtshof auf diesem Wege fortfährt, könnte er schließlich jeden Rechtsstreit, der mit einer Zentralbehörde geführt wird, als in Prag entstanden erklären und so die Zulässigkeit deutscher Verwaltungsbeschwerden auf die wenigen Fälle beschränken, in denen eine Behörde im deutschen Sprachgebiete letzte Verwaltungsinstanz gewesen ist. Und weil diese Gefahr besteht, muß gegen die Auslegung des Verwaltungsgerichtes mit aller Entschiedenheit Stellung genommen werden.

Es ist wohl richtig, daß der Verwaltungsgerichtshof deshalb zuständig wurde, weil das Prager Ministerium die angeforderte Entscheidung erließ. Aber es wäre dennoch grundfalsch, zu behaupten, daß die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes deshalb gegeben war, weil sich seine Kompetenz auf den Prager Gerichtsbezirk erstreckt. Denn weder das Ministerium für Post- und Telegraphenwesen und noch viel weniger der abstrakte „Sprachenstreit“ sind durch den Gerichtsbezirk Prag lokalisiert. Das Ministerium ist eine Behörde für die ganze Republik, ein Streit mit ihm ist gar nicht in Prag entstanden, sondern dort, wo die Partei ihren Sitz hat. Wohl aber ist es zweifellos, daß die Beschwerde Warnsdorf nur deshalb an den Verwaltungsgerichtshof gelangen konnte, weil dieser eben auch den Gerichtsbezirk Warnsdorf zuständig ist. Es waren also die nationalen Verhältnisse im Bezirke Warnsdorf und nicht in Prag für die Lösung der Sprachenfrage maßgebend.

Aber vor allem steht das Erkenntnis vollkommen, daß der § 2 des Sprachengesetzes, so unvollkommen und drückend er vom Standpunkte der Minderheiten auch ist, gewisse Rechte dieser Minderheiten regelt, daß er direkt das innerstaatliche Ausführgesetz zum internationalen Minderheitenschutzvertrag bedeutet. Das Recht zum Gebrauch der Minderheitssprache ist also ein subjektives Recht der Minderheitsangehörigen. Der Staatsbürger aus Warnsdorf, also auch einem fast reindeutschen Gebiet, hat durch das Sprachengesetz das Recht erhalten, sich seiner Sprache zu bedienen, und zwar nicht nur vor den Behörden und Gerichten seines engeren Gebietes, sondern vor allen Behörden, deren Wirkungsbereich sich auf den Gerichtsbezirk Warnsdorf beziehen. Nicht daß der Sprachenstreit in Prag entstanden ist, kann hier entscheidend sein, denn der „Sprachenstreit“ hat doch kein Minderheitsrecht, sondern der Postbeamte aus Warnsdorf hat es und wenn das Verwaltungsgericht über die Beschwerde eines Warnsdorfer Bürgers entscheidet, also deshalb zuständig ist, weil sich seine Wirkbarkeit auch auf den Warnsdorfer Bezirk erstreckt, dann muß es eben auch Beschwerden in deutscher Sprache annehmen.

Der Gedankengang des Verwaltungsgerichtes ist so kompliziert, so tief vom Geiste der Paragrafenlauberei durchdrungen, daß man nicht recht annehmen kann, er habe sich in diesem Falle von politischen Motiven leiten lassen. Er hat einfach im Paragrafengewirr die Vernunft und hinter Bergen von Akten die lebendigen Menschen nicht mehr gefunden. Aber objektiv hat er mit dieser Entscheidung ein neues Sprachenrecht geschaffen, dessen Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind und das deshalb auf das Schärfste bekämpft werden muß.

## Die Deutschbürgerlichen „Kämpfen“.

Der kürzlich abgehaltene „Volksstag“ in Aulzig wurde vom „Deutschen Verband“, der ihn veranstaltete, durch größte Aufmachung in

# Aus Mayers agrarischem Königreich.

Der Kreisparteitag des B. d. L. in Karlsbad. — Unter Mayers Führung für den „Negativismus“. — Gegen die Sozialversicherung aber für letzte Getreidezölle. — Boykottdrohung gegen die nicht-agrarischen Volksgenossen.

Am vergangenen Sonntag hielt der unter der Führung des berühmten Elektra-Mayer stehende Kreis Karlsbad des Bundes der Landwirte seinen achten Kreisparteitag ab. Die Verhandlungen des Parteitages förderten soviel des Interessanten zu Tage, daß es sich lohnte, der breiteren Öffentlichkeit und vor allem der Arbeiterschaft mitzuteilen, was der Bund der Landwirte als seine politischen Ziele ansieht und was er den breiten Massen des Mittelstandes und der Kleinbäuerlichen Besitzler, an die er sich bei den Wahlen gewendet hat, bieten will. Gelungen ist zunächst die rein politische Resolution, die am Schluß der Rede Mayers angenommen wurde. Mayer ist bekanntlich das nationale Schreckenskind der agrarischen Ministerankwärter. Bei jeder Gelegenheit verliert er durch negativistische Vorstöße die aktivistischen Kreise der Krefel und Zulager zu stören und auch vor den Novemberwahlen hat er gegen die Parteiführung des Bundes einen scharfen Angriff unternommen, der nicht weniger behauptete, als daß die Leute um Krefel unter dem „Einfluß des Grabhügel“ ständen. Nun ist es zwar bekannt, daß die Führung des Bundes der Landwirte lieber heute als morgen die Einigung mit der Regierung vollziehen möchte und Zulager hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß er die Erfüllung seiner Ziele nur von einer tschechisch-deutschen agrarischen Internationale erhofft. Aber Mayer, der mit den tschechischen Genossenschaftsführern in der Zentrokoperative sitzt und das Prager Rassef Elektra den Tschechen verhandeln ließ, hätte es am wenigsten nötig, sich auf den nationalen Heros hinauszupiecen. Er tut es lediglich, um seine Popularität zu heben und sich gegen die aktivistische Führung durchzusetzen. In der Resolution, die er in Karlsbad durchsetzte, heißt es:

„Alle diese Maßnahmen geben uns den klaren Beweis, daß das deutsche Volk in diesem Staate niemals zu der durch internationale Verträge heuchlerischer Weise zugestandenen Gleichberechtigung kommen kann.“

Die bisher geübte beispiellose Gebuld des deutschen Volkes wurde mit immer wieder neuen Gewaltmaßnahmen beantwortet, nun steht das deutsche Volk am Ende dieser Gebuld. —

Das im Bund der Landwirte organisierte deutsche Volk des Kreisverbandes Karlsbad sagt den Prager Machthabern den schärfsten Kampf an und richtet an alle Parteistellen und parlamentarische Vertreter den dringenden Anruf, den Kampf gegen dieses System der Unterdrückung rücksichtslos aufzunehmen und nicht eher zu ruhen, bis die natürlichen Rechte des deutschen Volkes voll und ganz erfüllt sind.

Das klingt sehr wenig „aktivistisch“, es könnte eher aus Bogmans als aus Krefels Lager kommen. Mayer hat mit dieser Aufforderung an die Parteistellen, den „rücksichtslosen Kampf“ aufzunehmen und mit der Behauptung, daß wir in diesem Staate nie die Gleichberechtigung erlangen könnten wieder einmal ein gut entworfenes negativistisches Ei gelegt und beweist, daß mit der berühmten Einheit im deutsch-agrarischen Lager nicht zum besten bestellt ist.

Für die Wähler der Agrarier und für uns ist aber noch bedeutend interessanter, was der Kreisparteitag zu den wirtschaftspolitischen Fragen zu sagen wußte. Das Wort von der englischen Bourgeoisie, daß sie Christus sage und Kattun meine, trifft leider auf fast alle Bürgerlichen zu und es ist meist nicht leicht, hinter den nationalen und religiösen Phrasen die wahren Ziele der bürgerlichen Politik zu entdecken und die kapitalistischen Parteien ihrer

allen Bürgerblättern angehängt und auch nachher als eine Demonstration von allergrößtem Umfang geschildert. Die „Deutsche Presse“, das Organ der Christlichsozialen, hatte auf die ungewöhnliche, hohe Bedeutung gerade dieser Aulziger Kundgebung hingewiesen und im Zusammenhang damit geschrieben:

„Wenn der deutsche Verband am Sonntag in Aulzig gegen die neuesten Erscheinungen des tschechischen Chauvinismus Protest erhebt, so ist diesem Proteste eine ganz andere, eine viel höhere Bedeutung beizumessen als sonst einem. . . Wann immer er (der Deutsche Verband) spricht, erschallt die Stimme der Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Staate! Wo immer er auftritt, ist die Mehrheit der deutschen Parlamentarier vertreten. . . Und diese Mehrheit erhebt ihre Stimme gegen die Sprachverordnung. Aber sie bleibt nicht lange dabei stehen, nur scharfe Worte gegen sie zu richten. . . Der deutsche Verband hat noch kräftigere Mittel. Die Durchführungsverordnung wird auch juristisch genau überprüft. Was überhaupt wohl die Devise des deutschen Verbandes sein dürfte: An Stelle von Worten Taten, an Stelle von Phrasen Arbeit.“

Diese Stelle aus dem christlichsozialen Blatte verliest nun Dr. Schollich, der Abgeordnete der Deutschen Nationalen, die dem „Deutschen Verband“ bekanntlich nicht angehören, in

eigentlichen Absichten zu überführen. Erfreulich ist es darum, wenn der Bund der Landwirte auf seiner Karlsbader Tagung offen erklärt:

— — — und nicht zuletzt gegen die zwangsweise Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes, besonders aber des Gesetzes über die Altersversorgung der selbständig Erwerbenden, sofort nachdrücklich Abhilfe zu verlangen. Infolge ungehinderter Einfuhr und Börsenspekulation müssen Getreide und Vieh schon lange tief unter den Herstellungskosten abgegeben werden, wenn überhaupt noch von einer Abnahmöglichkeit gesprochen werden kann.

Das System der gleitenden Zölle hat vollkommen verfaßt, deshalb verlangen wir einen festen Zollsatz, der uns Gewähr gibt, unsere Produkte zu angemessenen Preisen zu verkaufen, andererseits die Landwirtschaft den Weg der Selbsthilfe beschreiten müßte, die sich wohl bei allen Berufsständen und der gesamten Volkswirtschaft des Staates empfindlich auswirken würde.

Die „zwangsweise“ Durchführung der Sozialversicherung ist natürlich nichts anderes als die gezielte Durchführung eines parlamentarisch beschlossenen Versicherungssystems, gegen das die Agrarier ja schon immer Sturm liefen. Besonders die Selbständigenversicherung hat es ihnen angetan. Was sagen die Kleinbauern dazu, daß man die Selbständigerversicherung belämpft, die ihnen endlich ermöglichen soll, im Alter ein menschenwürdiges Dasein zu führen, unabhängig von den Kindern, die oft selbst nicht genug zum Leben haben? Der Großbauer freilich, der seinen fetten Auszug hat und sich nicht sorgen muß, wovon er in seinen alten Tagen leben wird, der hat kein Interesse an der Versicherung. Der kleine Besitzer aber, dessen Anwesen den Auszug nicht oder nur schwer trägt, der sollte es sich überlegen, ob er einer Partei seine Stimme geben darf, die sich gegen die Sozialversicherung ausspricht, weil es den Großagrariern nicht paßt, durch ihre Beiträge zum Wohle der Kleineren beizutragen zu müssen!

Aber auch die Zollforderung ist nicht nur gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten, sondern auch gegen die der Kleinbauern gerichtet. Der Kleinbauer und kleine Handwerker, den die Agrarier zu vertreten vorgeben, muß selbst weit mehr Getreide kaufen als er verkauft. Ihm schadet der feste Zoll genau so wie dem Proletarier. Nicht durch Zölle, sondern durch Produktionsförderung, allenfalls durch das Getreidemonopol kann ihm geholfen werden. Deutlich zeigt sich in den Beschlüssen der Karlsbader Agrarier, daß sie nur den großen Besitzern, den kapitalistisch produzierenden Bauern, nicht dem kleinen Landwirt oder gar dem Gewerbetreibenden dienen.

Den Gipfel erreicht die landbündlerische Unerschämtheit aber mit der Drohung der „Selbsthilfe“, die wohl einen nach Art der Kriegsverhältnisse durchgeführten Boykott bedeuten soll. Ganz offen wird mit der Schädigung der gesamten Volkswirtschaft, mit der Ausgrenzung der Massen gedroht, wenn nicht den Agrariern neue Milliarden in den ewig hungrigen Rachen geworfen und den Arbeitern und Kleinbauern die spärlich genug ausgefallene Sozialversicherung geraubt wird. Diese freche Drohung der Agrarkapitalisten kann das Proletariat und der Mittelstand nur mit dem schärfsten Kampf gegen den Bund der Landwirte beantworten, mit einem Kampf, der in den Stellungen des Feindes selbst, im Dorfe ausgetragen werden und zur Aufklärung und Rettung der Arbeiter und kleinen Besitzer führen muß!

einem Leitartikel der „Prüger Volkszeitung“ mit folgendem Kommentar:

„Und nun die Wirklichkeit? Die Aulziger Volksversammlung war — darüber brauchen wir wohl heute nicht mehr zu schweigen, nachdem es bereits durch alle tschechischen Zeitungen gegangen ist — ein vollständiger Versager nach Form und Inhalt. Nicht mehr als 800—900 Teilnehmer waren erschienen, die der Regierung in keiner Weise Respekt vor dem deutschen Unwillen gegen ihre Verfügung einflößten, zumal ja doch auch hier nichts anderes herauskam, als einige schöne, aber kraftlose Reden und am Ende eine Entschliessung. Die Deutsche Nationalpartei hatte man nicht einmal einzuladen für gut befunden, man wollte sie selbst bei einem solchen Anlasse aus blindem Parteioptimismus fast an die Wand drücken. . .“

Die einen „marschieren“ ohne den „Bruder“ gegen den „gemeinsamen Feind“ und der Bruder wieder rächt sich, indem er den „vollständigen Versager“ festnagelt; angesichts des „Feindes“ und mit Berufung auf dessen Generalquartiersbericht! Und das nennen sie Taten und Arbeit. Es ist nicht verwunderlich, wenn da die „Mehrheit des Volkes“, in deren Namen sie sprechen, nirgends zu finden ist.

## Ein verrückter Baumkister und eine überzeichnete Presse

Die Affäre des verrückten Baumkisters Röhler in Karlsbad, der mit einem Infantenstückchen das deutsche Volk zu retten vermeinte, ist für eine gewisse tschechische Presse ein gefundenes Fressen. Beißhunger stürzen sich die Chauvinisten auf die Karlsbader Begebenheit von Sonntag: allen voran die „Narodni Listy“, die die Affäre für ein „sprechendes Dokument der Zeit“ halten. Der Vorfall sei unglücklich, aber dennoch wahr. Es handle sich um keine Tat eines Wahnsinnigen. Es handle sich um den unzurechnungsfähigen Sach gegen die Republik und gegen alles Tschechische. Die Ursache des Vorfalls sieht das Blatt darin, daß die Regierung zu schwach sei. Daher mit fetten Lettern: „Die Regierung der starken Hand her! In das gemischte Gebiet energische tschechische Vornahme!“

Der „Beber“ hält den Fall Röhler nicht für so unschuldig, wie er ausgelegt wird; im Gegenteil sei sicher, daß er mit dem einseitigen Plan zusammenhänge, Unruhen großen Umfangs hervorzuheben. . . gestern war das Blatt allerdings selbst noch anderer Meinung.

Das „Ceske Slovo“ droht mit tschechischen Protesten, die berechtigt sein werden und ganz anders ausfallen können, als sich das Blatt in Tschechien vorstellt. Nach dem Gehör von „Deutschland über alles“ im Parlament und Stücken, wie sie Sonntag in Nordböhmen postiert sind, könnte sich die Situation leicht ändern, wenn einmal das Maß unserer Geduld platt! — so schreibt ein „sozialistisches“ Organ.

Die Krone setzen der Bege das liberale Zentrorgan „Lidove Listy“ auf, welches erklärt, Röhler sei kein Irrenstiller, sondern d's Opfer der von Schollich, Rollina, Jung und Cech (H) propagierten Politik und die „Narodni Politika“, die für die Tat gar den Karlsbader „Volkswille“ und den Abgeordneten Hillebrand verantwortlich machen!

Das Ende der Nationaldemokratie in der Slowakei. Wie das „Pravo Lidu“ meldet, haben die Bemühungen der Nationaldemokratie, in der Slowakei festen Fuß zu fassen, mit einem vollständigen Mißerfolg geendet. Die Partei hat sich bekanntlich bemüht, bei den Wahlen aus der Slowakei Stimmen herauszuholen und hat dort ein eigenes Tagblatt gegründet, aber alles war vergebens. Nun hört das Tagblatt zu erscheinen auf und die Organisationsleiter der Partei vereinigen sich mit der slowakischen Nationalpartei, deren Organ die „Narodni Roviny“ sind.

Gemeindevahlen in Raasditz. Die Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen von Raasditz ergaben folgende Resultate: Es erhielten: Die mit der agrarischen Partei vereinigten Nationaldemokraten 1448 Stimmen (10 Mandate), die Sozialdemokraten 1411 Stimmen (10 Mandate), die Nationalsozialisten 798 Stimmen (6 Mandate), die politischen Gewerbetreibenden 611 Stimmen (4 Mandate), die Volkspartei 568 Stimmen (4 Mandate), die Kommunisten 260 Stimmen (2 Mandate), die Arbeitspartei 139 Stimmen (kein Mandat). Die Wahlziffer betrug 142.

Konferenz der tschechischen Sozialdemokraten in Karwin. In Karwin fand Sonntag eine Konferenz der politischen Organisationen und Hauslergruppen der tschechischen Sozialdemokratie der Bezirke Oberberg, Tschechisch-Tscheken und Freistadt statt, in der nach dem Referat des Abgeordneten Brozik und einer daran anschließenden Debatte eine Resolution angenommen wurde, in der die rasche und gerechte Durchführung der Bodenreform im Tschekener Gebiet mit Rücksicht auf die unermessliche Not insofern der schleppenden Krise der Bergbauindustrie gefordert wird.

Der Sozialpolitische Ausschuss tagte gestern mit einer zwanzigstündigen Mittagspause von 9.30 bis 19.30 Uhr und beendete die Generaldebatte über die Staatsangestelltenvorlage. Genosse Taub kritisierte die Mängel und Härten der Vorlage in einer längeren Rede, auf die wir noch ausführlicher zurückkommen werden. Im Schlußwort beantragte der Berichterstatter Wallik die Wahl eines engeren Ausschusses, der die Vorlage vor Beginn der Spezialdebatte durchberaten soll. In diesen zehnjedigen Unterausschuss wurden je ein Vertreter der Koalitionsparteien, für unsere Partei Genosse Taub, ferner ein Kommunist, ein Vertreter des deutschen Verbandes und ein slowakischer Volksparteier gewählt. Die erste Sitzung dieses engeren Ausschusses findet heute um halb 10 Uhr vormittags statt.

## Rundfunk für Alle!

Deutsche Arbeiterschaft morgen um 7 Uhr abends, Genosse Dr. Emil Franzel: „Arbeiter und Kino“.

### Programm für morgen, den 4. d. M.

Prag, 16.30: Konzert; 19: Deutsche Arbeiterschaft, Gen. Dr. Franzel: „Arbeiter und Kino“; 20.02: Kammermusik. — Brünn, 19: Konzert; 20.10: Humor. — London, 20.30: Konzert. — Paris, 20: Konzert. — Berlin, 21: Stimmen der Völker. — Stuttgart, 21: Abendunterhaltung. — Leipzig, 20.15: „Die Jagd“. — Breslau, 20.30: Konzert. — München, 19.30: Konzert. — Frankfurt, 21.15: Orchesterprobe. — Wien, 20.15: Konzertakademie. — Zürich, 20.30: Militärkonzert.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

# Das Feilschen um Marienbad.

### Der Staat, die Banken und die Parteien. — Die ortsanfällige Bevölkerung vollkommen ausgehakt. — Das Tschschisierungswert im Gange. Vor einem Ausgleich zwischen Stift und Bodenamt?

Im August 1925 wurde über den westböhmischen Kurort Marienbad auf Grund der Bodenreformgesetz die staatliche Zwangsverwaltung eingesetzt. Man mußte damals glauben, daß dieser während der Kuraison erfolgte Schritt das Vorbild der unmittelbar anschließenden definitiven Lösung des Marienbader Problems sei. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das Bodenamt, als es zur Einführung der Zwangsverwaltung schritt, überhaupt noch nicht wußte, wie die Frage gelöst werden sollte.

Der richtige Schacher um die Reichtümer des blühenden Weltkurortes ging erst nachher los und er ist — obwohl schon ein halbes Jahr verfloßen ist — noch immer nicht beendet. Ein unabhängiges tschechisches Blatt hat kürzlich darüber einige pikante Details ausgeplaudert. Daraus erfährt man, daß erstlich damit gerechnet wurde, den Kurort zugunsten der Koalitionsparteien zu sozialisieren. Da bekanntlich der geschäftliche Teil der staatsverhaltenden Politik von politisierten (oder politisierenden?) Geldanstalten besorgt wird, waren es

#### vier tschechische Parteibanken,

die in der Gestalt eines Konsortiums die „Marienbader Goldgrube“ an sich reißen wollten. Die gleichfalls als Bewerberin auftretende Stadtgemeinde Marienbad sollte mit einem wahren Beutel abgefertigt werden. Dieser Plan scheint durch die Erwägung zu Fall gebracht worden zu sein, daß es doch im Auslande unliebsames Aufsehen erregen könnte, wenn im Reichen einer sozialen Reform (der Boden dem Volke!) das wertvolle Volksgut eines Weltkurortes den Regierungsbanken zum Fraß vorgeworfen wird. In dem weiteren Stadium der Verhandlungen traten Banken plötzlich in den Hintergrund. Wer die Fähigkeit dieser Institute kennt, mit der sie den einmal gerohenen Bissen verfolgen, wird hinter diesem plötzlichen Wandel weniger einen edelmütigen Verzicht, und vielmehr ein taktisches Manöver vermuten. Bei den weiteren Projekten stand wieder der Staat selbst im Vordergrund. Er beanspruchte zuerst 51, dann 60 Prozent der Aktien einer zu gründenden Gesellschaft, das Stift Tepl sollte 15 Prozent erhalten, während die Stadt mit ganzen 5 Prozent abgefressen werden sollte. Der Rest war einer buntschwedigen Auswahlliste von tschechischen Korporationen wie Automobilclubs, Ärztevereine etc., die natürlich zur Inverwaltung eines deutschen Kurortes geradezu von Natur aus mit geschaffen sind, vorbehalten. Auch die von den tschechischen Nationaldemokraten protegierte Kurpachtgesellschaft tauchte plötzlich wieder aus der Versenkung auf.

In der letzten Zeit ist nun — wie wir aus bestinformierter Quelle erfahren — dieses ekelhafte Feilschen um die „Marienbader Goldgrube“ in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Vertreter des Stiftes Tepl und des Bodenamtes verhandeln eifrig miteinander. Das Stift Tepl hat den Gegenorschlag gemacht, aus steuerrechtlichen Gründen keine Aktiengesellschaft, sondern eine sogenannte offene Handelsgesellschaft zu gründen, bei der dem Staate ebenfalls der Löwenanteil zufallen wird.

Es besteht die Gefahr, daß sich Bodenamt und Stift auf Kosten der Stadt und der Bevölkerung friedlich ausgleichen werden.

Unseren Informationen zufolge konzediert der Staat als Gegenleistung dafür, daß seinen Tschschisierungsgelüsten freien Lauf gelassen wird, dem Stift die Ueberlassung des größten Teiles der Wohnhäuser und eines Teiles der Waldungen, darunter den bekannten Podhoruberg. Von dem restlichen Besitz (Badhäuser, Grundstücke etc.) würde das Stift einen prozentuellen Anteil behalten. Die Stadt Marienbad will man mit ihren Ansprüchen ganz durchfallen lassen.

Ein untrügliches Zeichen dafür, daß eine chauvinistische Lösung auf Kosten der ortsanfälligen Bevölkerung vorbereitet wird, ist die Tatsache, daß die Stadtgemeinde von den entscheidenden Verhandlungen völlig ausgeschlossen wird. Das ist die bekannte Bodenamtsozialdemokratie! Wird im tschechischen Gebiete ein Meierhof aufgeteilt, so dürfen die Bodenbewerber und die Gemeinde in einem offiziell anerkannten Beratungsausschusse mitentscheiden. Wenn es aber bei derselben Bodenreform um Kopf und Kragen tausender deutscher Arbeitsmenschen geht, dürfen sie kein Wort dreinsprechen.

Es geht wirklich um Kopf und Kragen! Man komme uns gar nicht mit der verlogenen Ausrede, daß mit der Enteignung des Tepler Stiftsbesitzes soziale oder gemeinnützige Ziele verfolgt werden.

Wäre dies auch nur zum geringsten Teile der Fall, dann hätte man das Angebot der Stadt Marienbad, den Kurbetrieb als Treuhänderin zu verwalten und den gesamten Reingewinn Zwecken der sozialen Fürsorge oder Investition zu zuführen, wenigstens beantwortet müssen.

Während aber mit den Bankvertretern wochenlang verhandelt wurde, hat man die Stadt nicht einmal eines Bescheides gewürdigt. Kommentar überflüssig!

Rein, es geht in Marienbad nicht um soziale Prinzipien und um das Volksinteresse, sondern

um den Profit tschechischer Kapitalistengruppen und um das Tschschisierungswertinteresse des Staates. Die mit der Tschschisierungsaufgabe betrauten Herren sind sogar so unvorsichtig, ihre Pläne jetzt schon zu enthüllen. Die offiziellen Zwangsverwalter veröffentlichten in der „Marienbader Zeitung“ vom 24. Feber folgende Anzeige:

#### Gesucht

von der Amtlichen Bäderverwaltung in Marienbad für die Saison 1926:

**Portier, Kellner, Badediener, Masseure, Stubenmädchen, Bademädchen, Wäscherinnen, Köchin und Laufburche.**

Bedingung: Tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, Sprachkenntnis: Perfekt tschechisch und deutsch, Unbescholtenheit, sachmännische Kenntnisse. Gesuche nur erstklassiger Bewerber mit Zeugnisabschriften und Nachweisen nebst Photographie bis längstens 1. März 1926 an die Amtl. Bäderverwaltung in Marienbad.

Natürlich braucht man in Marienbad auch Personal mit tschechischen Sprachkenntnissen zur Bedienung der wenigen tschechischen Kurgäste. Aber in dem Kurort, der zu 80 Prozent von Reichsdeutschen frequentiert wird und der bisher seine Arbeitskräfte aus den rein deutschen Dörfern des Egerlandes bezog, wird künftighin jeder Laufburche, jede Wäscherin, jede Köchin sogar perfekt tschechisch können müssen. So fordert es das „Staatsinteresse“! Auf die furchtbare Aufregung, die diese Anzeige bei der Bevölkerung hervorrief, sah sich die Bäderverwaltung gezwungen, am nächsten Tage eine Beschwichtigungsnote zu erscheinen zu lassen, wo versichert wurde, daß sich die gestellten Bedingungen lediglich auf neu aufzunehmendes Personal beziehen. Was von solchen Versprechungen zu halten ist, wissen wir aus anderen Fällen zur Genüge.

So ist es nur zu begreiflich, daß die arbeitende Bevölkerung des Marienbader Gebietes, die mit ihrer ganzen Existenz an dem Kurbetriebe hängt, von schwerster Beunruhigung erfüllt ist. Die verantwortlichen Faktoren seien noch rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht. Wird eine Lösung ausgemacht, die den Interessen der Bevölkerung ins Gesicht schlägt, dann können sich die Schuldigen auf unliebsame Ueberraschungen gefaßt machen. Die Herrschaften, die aus dem wirtschaftlichen Ruin der Marienbader Arbeiterbevölkerung glänzende Profite münzen wollen, sollen wissen, daß die Erwerbung von Goldgruben oft mit unvorhergesehenen Schwierigkeiten verknüpft ist.

## In letzter Stunde.

### Luther warnt vor der Ablehnung des deutschen Standpunktes.

Hamburg, 2. März. (Wolff.) Heute fand im Rathaus aus Anlaß der Anwesenheit des Reichslanzlers ein vom Senat gegebenes Abendessen statt. Bürgermeister Dr. Petersen hieß den Reichslanzler mit einer Ansprache willkommen.

Reichslanzler Dr. Luther erwiderte in einer längeren Rede und betonte zunächst, daß mitten durch alle innerpolitischen Schwierigkeiten hindurch die außenpolitische Linie Deutschlands klar und geradlinig geblieben ist.

Zum Antrag Deutschlands auf Aufnahme in den Völkerbund übergehend erklärte der Reichslanzler, er müsse zunächst einen Umstand erwähnen, der alsbald nach der Absendung des Eintrittsgeluches hervorgerufen sei und das ganze Werk von Locarno zu zerstören drohe. Die deutsche Öffentlichkeit ist auf das tiefste von dieser Frage erregt worden. Bei allen Erörterungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war es für uns selbstverständlich, daß vor unserem Eintritt irgend welche bedeutungsvolle Änderungen innerhalb des Völkerbundes nicht mehr vorgenommen werden könnten. Solange Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, ist es überhaupt noch nicht zuständig, eine Meinung über etwaige künftige Veränderungen zu äußern. Erst wenn Deutschland Mitglied des Rates ist und durch praktische Erfahrungen Einblick in die Einzelheiten des Völkerbundesorganismus gewonnen hat, kann es in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen auf eine anderweitige Zusammensetzung oder Organisation des Rates Stellung nehmen; denn es muß doch daran festgehalten werden, daß es sich bei der Entscheidung über alle Veränderungen nicht um die Beziehungen der einzelnen Mitgliedsstaaten handeln soll, sondern um die Organisation und um das Wohlergehen des Völkerbundes.

### Die Schwarze Reichswehr.

Berlin, 2. März. (Eigenbericht.) Professor Duidde, der bekannte Führer der Arbeiterbewegung, hat dem Reichstag eine Denkschrift überreicht, in der er Einzelheiten über geheime Kampfbereitschaften mitteilt. Es handelt sich vor allem um den sogenannten Heimatschutz, der zwar außenpolitisch belanglos ist, innenpolitisch zu einer schweren Gefährdung der Republik werden kann. Diese Organisation geht bis auf den Kapp-Putsch und die gegenrevolutionäre Bewegung des Jahres 1923 zurück. Von den Ostprovinzen hat sie sich nach dem Westen Deutschlands verbreitet und ist militärisch organisiert. Nach den Darstellungen fragt Duidde den Reichstag an, ob dieser nicht dagegen einschreiten wolle.

Der Inhalt der Denkschrift steht allerdings mit der Behauptung Geklers, der beteuert hatte, daß es in ganz Deutschland keine Schwarze Reichswehr mehr gebe, in schärfstem Widerspruch.

### Ein Wahltag der Sozialdemokratie in Czernowitz.

35 Prozent aller abgegebenen Stimmen für die Sozialdemokratie.

In Czernowitz sind bei der Gemeinderatswahl im ersten Wahlgang die Liberalen, die bisher die Stadt beherrschten, schmachlich geschlagen worden. Die meisten Stimmen, erhielt die Liste des Oppositionsblocks, dann folgte die Liste der Sozialdemokraten und erst an dritter Stelle die Liberalen. Die Stichwahl fand daher zwischen Oppositionsblock und Sozialdemokraten statt.

Dabei gingen nahezu sämtliche Liberalen Stimmen auf den Oppositionsblock über: er er-

Es ist für mich bei diesem Sachverhalte unfahbar, daß man es durch Ablehnung des deutschen Standpunktes in der Frage der Ratssitze dahin kommen lassen könnte, daß die großen Ergebnisse der Politik des letzten Jahres zerstört und die Aussichten, die die Mitarbeit Deutschlands im Völkerbunde eröffnen, in dem letzten Augenblick vernichtet werden.

Deutschland steht mit seiner Auffassung nicht allein. Das bestärkt meine Hoffnung, daß diese Auffassung noch vor unserer Abreise nach Genf oder jedenfalls in Genf Geltung gewinnt.

Der Reichslanzler schloß mit einem eindringlichen Appell an alle seine Mitbürger,

falls der Eintritt Deutschlands nicht in letzter Stunde scheitert,

troß mancher noch zu überwindenden Bedenken positiv auf dem Boden des Völkerbundes zu stehen. Es komme jetzt darauf an, alle deutschen Kräfte lebendig zu machen, um im Völkerbunde an Deutschlands Wohl und dem Wohl der Menschheit zu arbeiten.

### Frankreich unterstützt auch weiterhin Polens Ansprüche

Paris, 2. März. (Sabas.) Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet, Ministerpräsident Briand habe gestern dem französischen Botschafter in Berlin die Weisung zukommen lassen, das deutsche Ministerium des Auswärtigen dahin zu informieren, daß nach Anschauung der französischen Regierung die Einwendungen Deutschlands gegen die Forderung Polens nach einem ständigen Sitze im Völkerbunde keine gerechte Unterlage besitzen.

hielt 6132 Stimmen und 24 Mandate, das rumänische Wahlrecht weist nämlich der stärksten Partei vier Fünftel der Mandate zu! Trotzdem gelang es den Sozialdemokraten, ihre Stimmengahl von 2919 bei der Hauptwahl auf 3404 bei der Stichwahl zu erhöhen und damit 35 Prozent der Stimmen zu erreichen. Bei der letzten Parlamentswahl im Jahre 1922 waren es nur 31 Prozent, da der Oppositionsblock aus mehreren Parteien besteht, sind die Sozialdemokraten damit zur stärksten Partei in Czernowitz geworden. Nach dem unverfälschten Proportionalwahlrecht hätten ihnen mindestens zehn Mandate gebührt, sie erhielten aber nur sechs. Unter den Gewählten sind die Genossen Dr. Pistiner (Listenföhrer), Gaidosch und R. Dan. Damit ziehen zum erstenmal sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinderat von Czernowitz ein: die Vorpostenstellung, die die Genossen dieser Stadt in Rumänien einnehmen, ist nicht nur glänzend behauptet, sondern erweitert und verstärkt worden!

### Benes' Donnerstag in Wien.

Wag, 2. März. Es verlautet bestimmt, daß Dr. Benes bereits Donnerstag in Wien eintrifft. Benes wird am Donnerstag mit dem Morgenschnellzug nach Brünn abfahren und trifft gegen 4 Uhr am Nordbahnhof in Wien ein. Der Nachmittag des Donnerstags, sowie der Vormittag des Freitags werden zu den politischen Verhandlungen mit dem Bundeskanzler Dr. Kamek benützt werden, in deren Verlaufe, wie wir bereits gemeldet haben, der österreichisch-tschechoslowakische Schiedsvertrag unterzeichnet werden wird. Minister Benes wird in den ersten Nachmittagsstunden des Freitags Wien verlassen.

### Demokratisierung des Völkerbundes?

#### Benes' neueste Lösung.

Benes, der in den nächsten Tagen den Wienern einen Besuch abstatten wird, findet neben seiner ausgebreiteten Reisetätigkeit als Außenminister noch noch Zeit, seinem anderen Beruf als Reisender des Völkerbundes nachzugehen. Er pflegt stets aufzutreten, wenn gegen Deutschland intrigiert wird und es ist kein brennender Ehrgeiz, nie zu fehlen, wenn etwas gegen Deutschland unternommen wird. Auch jetzt hat er das Gefühl, schon zu lang geschwiegen zu haben. Er hat dieser Tage einer englischen Journalistin eine Unterredung gewährt, in der er sich für die „Demokratisierung“ des Völkerbundes aussprach. Er stellt sich das so vor, daß man den Völkerbund dem Einfluß der großen Mächte entzieht und jedem Lande einen Vertreter bewilligt, damit auch die kleinen Nationen entscheidenden Einfluß auf die Weltpolitik nehmen können. Nun wolle er ja nicht allzu viele Vertreter im ständigen Räte sehen, aber Polen, Brasilien und Spanien verdienen seiner Ansicht nach schon einen ständigen Ratssitz. Das sind also genau dieselben Staaten, die den Eintritt Deutschlands benügen, um — wahrscheinlich in höherem Auftrage — ihre Forderung geltend zu machen. Es ist recht sonderbar, daß Benes ausgerechnet jetzt, nach so vielen Jahren seiner rührigen Völkerbundspolitik, darauf kommt, daß man den Bund „demokratisieren“ müsse. Es ist ihm nie eingefallen, sich der Polen und Spanier an unehmen, bevor Deutschland in den Völkerbund eintrat. Es sieht ganz so aus, als ob auch diesmal, wie so oft, die Demokratie für Benes nur ein Mittel zum Zweck ist, und der Zweck ist bei ihm immer die Schwächung Deutschlands das der tschechische Minister anscheinend schon aus innerpolitischen Gründen nicht zu einflußreich sehen möchte. Deutschland kann also in dem Kampfe um seinen ihm zugehörenden Ratssitz, der durch eine gleichzeitige Erweiterung dieses Rates um drei Sitze, worunter einer an Deutschlands schärfsten Gegner fiel, stark entwertet würde, schon mit der Feindschaft Benes rechnen, die sich allerdings hinter einer deutschfreundlichen und demokratischen Maske geschickt verbergen wird.

Das die „Demokratisierung“ betrifft, so ist sie wohl durch alles andere eher zu erreichen, als durch eine zu starke Vertretung der kleinen Staaten, zumal dann, wenn diese kleinen Staaten, wie Polen und Spanien, zur Demokratie selbst nur sehr lose Beziehungen haben! Die beste Demokratisierung wäre die, daß jeder Staat der dem Völkerbund angehört, verpflichtet würde, die Geheimdiplomatie endgültig zu beseitigen und seine Innen- und Außenpolitik nach demokratischen Grundsätzen einzurichten. Daß die kleinen Völker Stützen der Demokratie sind, hat man vielleicht einmal geglaubt, und es war einmal richtig, aber es gilt heute nicht mehr. Heute ist die Demokratie und der Frieden bei den großen Völkern besser aufgehoben, als bei den kleinen Staaten mit ihrem überspannten Imperialisismus und Nationalisismus. Es ist selbstverständlich, daß die Unabhängigkeit dieser Nationen gewahrt werden muß, aber es zeigt sich heute, daß heute eher die großen Völker die Unabhängigkeit der kleinen achten (England und Irland), als die kleinen die Freiheit der großen (Tschechoslowakei und Deutschland). Benes wird nicht viel Glück haben, wenn er versucht, seine deutschfeindliche Politik auch diesmal mit der scheinheiligen demokratischen Phrase zu beschönigen.

### Die Reichspartei die eröffnet.

In dem herrlich geeigneten Gesehungshaus in Reinditz wurde am Montag die zweite Reichspartei die eröffnet. Im Laufe des Vormittags waren 32 Genossen aus allen, auch den entferntesten Gebieten des deutschen Teiles der Republik zusammengekommen, in ihrer übergroßen Mehrheit junge Genossen, zum Teil noch Funktionäre der sozialdemokratischen Jugendbewegung, die nun hier in der Parteischule mit dem geistigen Rüstzeug für ihre Betätigung im Interesse der Partei ausgestattet werden sollen.

Um drei Uhr nachmittags kamen die Schüler in ihrem Lehrsaal zusammen und nach dem Gesang des Liedes „Brüder zur Sonne, zur Freiheit!“ begrüßte Gen. Paul die Schüler und Gäste namens der Zentralstelle für das Bildungswesen mit einer kurzen, die Bedeutung der Schule würdigenden Ansprache. Sein Gruß galt insbesondere auch den Gästen, u. zw. dem Leiter des Gesehungshausvereines, Hermann Jellinek, den Vertretern der Kreisorganisation, Genossen Kirpal und Tschapka, dem Vertreter des sozialistischen Jugendverbandes Kern, ferner den anwesenden Lehrern, Gen. Prof. Pollach und Hofbauer, und dem Anstaltsarzt, Gen. Dr. Ungar. Im Namen der Verwaltung des Gesehungshauses hieß dann der Obmann Jellinek die Parteischüler herzlich willkommen und gab seinem Wunsche Ausdruck, daß die Schule zu einem vollen Erfolg führen möge. Gen. Kern überbrachte die Grüße des Verbandsvorstandes der Jugendorganisation, der Genossin Kirpal der Kreisvertretung von Auffig, woraus Gen. Pollach im Namen der Lehrer herrliche Worte der Begrüßung an die Parteischüler richtete. Inzwischen war der Vertreter des Parteivorstandes, Gen. Hillebrand aus Karlsbad, erschienen, der in begeisterten Worten die Bedeutung der Parteischule für die Arbeiterbewegung skizzierte und die Schüler zu tatkraftiger Arbeit aufrief. Die Worte des Gen. Hillebrand wurden von den Parteischülern mit großem Beifall zur Kenntnis genommen. Sodann begann der Unterricht. Gen. Pollach trägt im Laufe dieser Woche über die Grundlinien der Politik vor, Gen. Hofbauer über den sozialistischen Redner und Journalisten.

# Tages-Neuigkeiten.

## Danebengehauen.

Eine alltägliche Falschfingergeschichte mit ungewöhnlichem Ausgang.

Auf dem Bahnhof zu Genoa wurde dieser Tage ein junger Mann, den die faschistische Bahnhofswehr für einen antifaschistischen Studentenführer hielt, aus dem Abteil eines Schnellzuges herausgeholt und verprügelt. Der Ueberraschte, der sich als gewiegter Boxer entpuppte, setzte sich zwar gegen seine Angreifer — es sollen ihrer neun gewesen sein — kräftig zur Wehr, schiederte ein Paar von ihnen auf die Geleise, wurde aber dennoch überwältigt, ins Polizeigefängnis abgeführt und dort neuerlich schwer misshandelt. Erst nach einigen Stunden entließ man ihn dort — wahrscheinlich, weil sich Faschisten und Polizisten inzwischen von einem kleinen Irrtum in der Person überzeugt hatten: der Misshandelte ist nämlich ein bekannter englischer Sportsmann namens Stokes von der Universität Cambridge und, wie verlautet, soll sein Genueser Erlebnis — Stokes ist bereits nach England zurückgekehrt — im Unterhaus zur Sprache gebracht werden.

Da haben also die Herren Faschisten einmal gründlich danebengehauen, ganz abgesehen davon, daß einem englischen Sportler, wie die Geschichte lehrt, die neolithischen Ordnungsbegriffe nicht ohne unangenehmen Widerstand eingebläut werden können. Sonst gehören solche Prügelstrafen wohl heute zur Tagesordnung im Reich der Faschisten; und daß Polizisten den Arrestanten misshandelten, wird wohl auch nicht der erste derartige Fall gewesen sein. Nur daß diesmal ein Personalirrtum Folgen zeitigen konnte, die den Herren vom Rentenbündel sehr unangenehm werden dürften: selbst wenn der Vorfall keine englische parlamentarische Behandlung oder gar diplomatische Erledigung erfahren sollte, werden die Engländer nun, nach dem Anschauungsunterricht, den ihr Landsmann genoss, noch eine bessere Vorstellung von den heftigen Zuständen in Italien erhalten haben, und es ist trotz der großen Reiselust der Engländer höchst fraglich, ob durch solche Episoden ihr Wunsch wachsen wird, sich selbst von der Herrlichkeit Mussolinis zu überzeugen. Und die etwa fehlenden englischen Schillinge hätten doch noch eine andere Wirkung als etwa ausfallende österreichische Schillinge oder die Pfennige der reichsdeutschen „Urwaldmenschen“.

Blanter Konkurrenzneid muß es sein, der die Kommunisten dazu treibt, über den Karlsbader „Putz“ ihre Wize zu reifen. Daß wir das Unternehmen des Herrn Köhler als Tat eines Geistesgestörten werten, ist selbstverständlich, weil wir an alle derartigen Unternehmungen dasselbe Maß anlegen. Daß aber der „Vorwärts“, der doch sonst in jeder Kirchweihfeier ein Stück Weltrevolution sieht, wipelt und mit hämischem Grinsen feststellt, daß die Leute des Köhler ins „Loch“ geflogen sind, das muß Wunder nehmen. Man kann doch nicht wissen, ob die Situation, die heute zwar ungewisselhaft nicht „unmittelbar revolutionär“ ist, nicht soweit „mittelbar revolutionär“ ist, daß aus dem Putz des geistesgestörten Baumeisters der Umsturz Europas hätte entstehen können. Wenn Holz ein Revolutionär ist, warum soll Köhler seiner sein und wenn kommunistische Fabriksbesetzungen die Revolution bedeuten, warum nicht die Karlsbader Aemterbesetzung auch? Man stelle sich vor, Köhler wäre organisierter Kommunist gewesen! Heute schon gäbe es Massenmeetings, Platane mit Riesenlettern, die Opfer, die man jetzt verhöhnt, wären Märtyrer. So aber dieses andere Maß für die Tat eines, der zum Kommunismus wirklich reif ist! Das kann wirklich nur der reine Geschäftsneid sein.

**Wohnungsnot, Luxussteuer und Kongrua.** Die Regierung hat trotz der aufs höchste angestiegenen Wohnungsnot bis heute dem Parlament das lang versprochene Wohnungsgesetz nicht vorgelegt. Sie bekämpft die Wohnungsnot höchstens mit den Methoden, die der Dr. Baxa angewendet, der den Bewohnern der Prager Waggonkolonie befohlen hat, auch diese letzte Zuflucht zu verlassen. Sonntag fand in Prag eine Demonstration der Waggonbewohner statt, denen die Obrigkeit zwar die elenden Behausungen nimmt, aber keine anderen bietet. Da hat es der Klerus schon besser. Die Herren Pfarrer wohnen meist recht bequem und geräumig und gar die Bischöfe haben wie andere Fürsten des Kapitalismus auch ihre großen Luxuswohnungen. Der Bischof von Brünn, Dr. Klein, z. B. hat zu seiner persönlichen Benützung nicht weniger als 20 Lokale. Die Gemeinde Brünn belegt Luxuswohnungen aber mit einer Steuer und es hätte der Bischof natürlich ebenfalls für seine 20 Zimmerwohnungen die Steuer bezahlen müssen. Er rekurrierte aber und fand in der Stadtvertretung, wie seinerzeit der „Volkstempel“ bereits berichtet hat, warme Verteidiger. Der Bischof müsse zu seinen wissenschaftlichen Arbeiten (seit wann anerkennt die Kirche die Wissenschaft, die doch eine Erfindung des Satans ist?) und zur Ruhe nach ihnen eine so große Wohnung haben; übrigens benötige er die Wohnung auch zum Spaziergehen! Die Regierungspartien des Brüner Stadtparlamentes gaben der Beschwerde tatsächlich nach. So verteidigen sich die Vertreter der Kirche von den öffentlichen Abgaben zu drücken und das System der Steuerfreiheit des Klerus auch in der „hussitischen Republik“ fortzusetzen. Die Steuern können die Armen zahlen und damit sie ja nicht zu gut wegkommen, muß den Pfaffen noch die Kongrua bewilligt werden, die aus den Massenverbrauchs-

# Sollen die Kurzarbeiter verhungern?

## Abbau der Arbeitslosenunterstützung für Kurzarbeiter.

Die geschäftliche Konjunktur ist im Abflauen, überall melden sich die drohenden Anzeichen einer neuen wirtschaftlichen Krise. Aus einzelnen Gebieten werden Arbeiterentlassungen gemeldet, die Zahl der Arbeitslosen ist im Anwachsen. In einigen Branchen wieder arbeiten die Menschen nicht mehr sechs Tage, sondern nur kürzere Zeit, ihr Einkommen ist oft bis zu fünfzig Prozent herabgesetzt. Wir haben es also mit einem Elend der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter zu tun. Während aber die Arbeitslosen durch das Gesetz über den Staatszuschuß zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung vor dem Allergrößten eine zeitlang geschützt sind, scheinen die Kurzarbeiter der Staatsverwaltung wenig Sorge zu machen. Beweis hierfür ist der nachstehende Erlaß.

Ministerium für soziale Fürsorge.

Nr. 17.886/III C.—1925.

Prag, 22. Febr. 1925.

Betrifft: **Auszahlung des Staatszuschlages zur Arbeitslosenunterstützung nach d. Ges. Nr. 267/121 Slg. d. G. u. B. an teilweise arbeitslose Personen.**

An alle Verbände, die zur Auszahlung des Staatsbeitrages zur Arbeitslosenunterstützung nach dem Gesetze Nr. 267/121 Slg. d. G. u. B. bevollmächtigt sind.

Mit Rücksicht auf die Einwendungen, die von einigen Seiten gegen den hiesigen Erlaß Nr. 8798/III C.—1925 vom 7. April 1925, durch den der Anspruch auf den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung nach dem Gesetze 267/121 Slg. d. G. u. B. an Personen zuerkannt worden ist, die teilweise arbeitslos sind und regelmäßig aus der Arbeit ausgesetzt werden, angeführt wurden, hebt das Ministerium für soziale Fürsorge mit 1. März 1926 angefangen, den oben zitierten Erlaß auf

steuern gedeckt wird. Das Brünner Beispiel ist ein Einzelfall aus der erprobten Praxis kirchlicher Würdenträger, sich den Leistungen für die Allgemeinheit zu entziehen, während das Volk für die Kirche gleichzeitig zahlen soll. Der Staat aber fördert, wo er kann, den kirchlichen Uebermut, er spendet reichlich den Pfaffen und läßt das Volk steuern und ohne Obdach verkommen.

**Den „Kampf“ in Ostrau haben sie eingestellt.** Der „Vorwärts“ teilt den Lesern des kommunistischen „Kampf“ in Mähr.-Ostrau mit, daß dieser ab 1. März eingestellt ist und daß ihnen dafür der „Vorwärts“, „automatisch“ zugesendet werden wird. Es hängt dies angeblich „mit dem Bestreben nach Zentralisierung der Parteipresse“ zusammen, wohl aber auch, wie uns scheint, mit dem Versuch zu und des kommunistischen Ostrauer Kopftagblattes. Wir registrieren diese Tatsache lediglich deshalb, weil gerade der „Vorwärts“, der da sein Kopfblatt begräbt, bei jeder Gelegenheit an dem schweren Stand unserer Presse seinen billigen Witz übt.

**Die Elässer fühlen sich als „national unterdrückte Minderheit“.** Die französische Presse bemüht sich eifrig, den streiklustigen elsass-lothringischen Lehrern, Beamten und Eisenbahnern zu beweisen, daß es doch nicht angehe, Elsass-Lothringen als „nationale unterdrückte Minderheit“ zu bezeichnen. Der erste Streik auf dem „Allionskomitee“ der elsass-lothringischen Eisenbahnverbände und der mit ihnen verbündeten Beamtenverbände hatte nämlich erklärt, daß die Kampffront auf alle Organisationen ausgedehnt werde, „die gewillt sind, aktiv an Kampf um die Rechte der unterdrückten nationalen Minderheit (Seimatrechte) mitzuwirken“. Gehässig oder väterlich belehrend, sagt die französische eingestellte Presse den Streikleitenden, daß sie sich auf diesem Wege von vornherein die Sympathien der Regierung und des Pariser Parlaments verschmerzen müßten, denn die aufgeworfenen Fragen könnten selbstverständlich „nur unter Franzosen“ besprochen werden. Die deutschsprachige Presse des Landes steht durchgehend auf der Seite der Organisationen, die einen Aufruf erlassen haben, der fordert: Achtung vor der Muttersprache, Gleichstellung der Einheimischen mit den aus Frankreich in Scharen importierten „Kollegen“, Selbstverwaltung, regionale Autonomie usw.

**Künstlernote.** Die Notlage besonders der bildenden Künstler ist anscheinend eine internationale Nachkriegsercheinung, denn auch England erweist gegenwärtig, wie dieser Notlage abgeholfen werden kann. Ein reicher englischer Kunstfreund, Sir Joseph Duveen, hat zunächst einem Komitee von qualifizierten Persönlichkeiten 1000 Pfund zum Ankauf von Werken zeitgenössischer englischer Künstler zur Verfügung gestellt. Dabei sollen in erster Linie die Arbeiten von jungen, vielversprechenden Künstlern berücksichtigt werden. Das Komitee soll dann das Recht haben, die Bilder entweder zu verkaufen, oder sie einer öffentlichen Kunstsammlung in England oder in den Vereinigten Staaten zum Geschenk zu machen. Durch private Bohlätigkeit ist ferner dem englischen Unterhaus eine Summe überwiesen worden, welche die Ausschmückung der großen Stephenshalle mit acht Wandbildern ermöglichen soll, also einen großen künstlerischen Auftrag bedeutet. Endlich werden, vor allem wieder durch Joseph Duveen, eine Reihe von Vorschlägen gemacht, welche die Erweiterung der Verkaufsmöglichkeiten für Künstler begünstigen. Duveen weist darauf hin, daß die Künstler wesentlich vom Kunsthandel abhängen, weil die großen Ausstellungen immer nur wenige Monate im Jahre geöffnet sind, und er empfiehlt deshalb Verkaufsgalerien für Künstler, die das ganze Jahr geöffnet sind.

und teilt mit, daß solchen Personen von dem angeführten Tage angefangen der Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung auf Rechnung der Staatskasse nicht ausbezahlt werden darf.

Der Minister: Winter.

Man traut kaum seinen Augen, wenn man die Unterschrift des Ministers Winter auf diesem Erlaß liest. Ihm als tschechischen Sozialdemokraten müßte doch das Elend jener Arbeiter, welche plötzlich auf die Hälfte ihres Einkommens gesetzt sind, bildhaft vor Augen stehen. Die Löhne der Arbeiterschaft sind heute so gering, daß eine Arbeiterfamilie mit diesem Lohn kaum ihr Auslangen finden kann. Die Teuerung ist im Ansteigen, schwer lasten die öffentlichen Abgaben auf den Schultern der Arbeiterschaft. Wie soll aber der Arbeiter, wenn er Kurzarbeit leistet und etwa nur den halben Lohn bekommt, mit der Hälfte seines bisher niedrigen Einkommens das Auslangen finden? In der ostböhmischen Textilindustrie verdienen die Textilarbeiter etwa 60 bis 90 Kronen in der Woche. Wie das Leben dieser Menschen aussieht, kann man sich denken. Wie sollen nun diese Arbeiter mit der Hälfte dieses Geldes, also mit 30 bis 45 Kronen wöchentlich auskommen?

Der Staat, der für so viele andere unnütze Zwecke Geld übrig hat, kann an dem Elend der Kurzarbeiter nicht vorübergehen, und es ist Pflicht des Ministers Winter sowie der tschechischen Sozialdemokratie überhaupt, daß dieser für die Arbeiterschaft angesichts einer kommenden Krise geradzujatastrophale Erlaß schleunigst aufgehoben wird.

**Ein Schwertspruch.** Im „Führer von Potsdam“ rühmt sich auf der Inschriftenseite ein Hoflieferant seiner Taten. „Degen für den deutschen Kronprinzen geliefert“... Der Schwertspruch lautet:

Vertraue Gott, dich tapfer wehr,  
Damit besteht dein Ruhm und Ehr,  
Denn wer's auf Gott herzhastig wagt,  
Wird nimmer aus dem Feld gejagt.

Diese Inschrift erscheint uns unvollkommen. Man hat keine Eventualitäten berücksichtigt. Wir würden etwa folgende Ergänzung vorschlagen:

Und sagt man dich doch aus dem Feld,  
So gib mit Gott nur Herzensleid,  
Weil der sich recht als Held erweist,  
Der bei Gefahr nach Holland reist.  
Wenn mutig du dem Tod entsagst,  
Und es mit Gott herzhastig wagt,  
Zählt dir das Volk vielleicht am Ende,  
Mit Gott noch eine Dividende.

**Der Herzog von Gotha, Besitzer eines großen Silberbesatzes, der schmalhalsigen Fürsten und unermesslicher Grundstücke auf dem Rennsteig, ist einer der rückfischigsten Prozeßgegner der Deutschen Republik.** Nun hat sogar der deutsche nationale Thüringische Finanzminister Dr. von Müchler im Thüringischen Landtag erklärt, daß Thüringen ausdrücklich einen Schiedsgerichtshof verlange, um sich die Ansprüche des Herzogs vom Leibe zu halten. Es sei richtig, daß der ehemalige Landesvater von Gotha einen Teil des Gothaer Silberbesatzes bereits aus Thüringen weggeschafft hat. Auf Anfrage sei der Regierung von der Vermögensverwaltung des Herzogs mitgeteilt worden, man habe das Silber nur nach Coburg „zur Nachprüfung“ bringen lassen. Trotzdem werde die Regierung gezwungen sein, einen „Pfänger für die Verwaltung des Gothaer Herzogsvermögens“ einzusetzen. Weiter kam im Thüringischen Landtag zur Sprache, daß der Herzog noch noch seine Abdankung in zwei Fällen das Adelsprädikat gegen Zahlung von je 40.000 Mark und noch in den letzten Jahren Orden verliehen habe. Das paßt zu diesem sauberen Bundesfürsten! Erst verschleiert er den Silberbesatz, dann macht er Geschäfte mit dem „Adelsprädikat“ und verleiht „Orden“, natürlich gegen bar — und das alles in der thüringischen „Ordnungs“-Republik!

**Die Zugtelefonie soll in Deutschland nach den praktischen Erfahrungen auf der Strecke Berlin-Hamburg nunmehr auf ein zweites D-Zugpaar der Hamburger Strecke ausgedehnt werden.** Darüber hinaus ist nunmehr noch längeren Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft, dem Reichspostministerium und der Zugtelefonie A.-G. der Plan ausgearbeitet worden, den Fernsprecherkehr auf 18 D-Zugpaare zu erweitern, von denen 10 von Berlin aus gehen.

**Von einer Handgranate zerrissen** wurde in Konstanz der auf Nachposten stehende Gefreite Holzer. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

**Vom Zug überfahren** wurde ein Ford-Automobil auf der Chaussee von Oberyssel nach Amsterdam. Trotzdem der Lokomotivführer den Zug zum Stillstand zu bringen versuchte, wurde das Auto am Bahnübergang erfasst und vollständig vernichtet. Die beiden Insassen konnten nur als schrecklich verstümmelte Leichen geborgen werden.

**Der verhaftete deutsche Landgerichtsdirektor Jürgens** war während des Krieges Hauptmann bei dem stellvertretenden Generalkommando in Hannover. Ihm war die Leitung der Spionageabwehrabteilung übertragen, ein sehr einflussreicher Posten, der seinen Inhabern große Freiheiten gab und ihnen wichtige Entscheidungen über-

# VERLANGET UEBERALI.



trag. Jürgens hat seinen Posten schwer mitgebracht. Wer Jürgens nicht angenehm war, der verschwand irgendwo auf einem Kommando oder an der Front. Er trieb seine Herrschaft so weit, daß sie nicht nur in den Stuben des Generalkommandos, sondern auch in der Stadt Hannover besprochen wurde. So war es kein Wunder, daß nach dem politischen Umsturz die Tätigkeit des Hauptmanns Jürgens etwas genauer unter die Lupe genommen wurde. 60 Fälle von Betrug, Freiheitsberaubung und Mißbrauch der Amtsgewalt wurden festgestellt. Auf dem Bahnhof Hannover wurde ein Paket beschlagnahmt, das Altken des Generalkommandos enthielt, die für Jürgens sehr unangenehm waren. So hatte er die Abstellung eines Unteroffiziers ins Feld mit der Anweisung versehen, derselbe sei in vorderster Linie zu verwenden, „damit er fällt“.

**Die chinesische Universität in Moskau.** Die Zahl der Studierenden an der bolschewistischen chinesischen Universität in Moskau ist bisher auf 280 gestiegen. Die Studenten besuchen neben ihren Vorlesungen nicht nur die wissenschaftlichen Museen und die bolschewistischen Industrieunternehmen, sondern auch die Kasernen der Roten Armee. Dabei werden nicht selten Versammlungen veranstaltet, auf denen Soldaten der Roten Armee und chinesische Studenten Ansprachen halten.

**Eine eigenartige Belohnung für Lebensrettung** ist dem Kapitän Howard Parker zuteil geworden, der schon seit einhalb Jahren in St. Louis das Ehescheidungsverfahren gegen seine Frau, mit der er nicht mehr zusammenleben will, vergebens angestrengt hat. Seine Frau erklärte, daß sie sich nie von ihm scheiden lassen werde. Da sie keine Gründe zu einer Ehescheidung bot, war das Bestreben des Mannes nach amerikanischem Recht zur Ausschließung verurteilt. Vor einiger Zeit war Howard Parker mit seiner Sekretärin beim Eissport, als seine Frau, die zufällig in der Nähe war, einbrach und unter der Eisdäcke verfan. Der Kapitän eilte sofort zur Unglücksstätte und sah bei dem Wiederauftauchen der Verunglückten, daß es sich um seine Frau handelte. Trotzdem er von allen Seiten wegen der großen Lebensgefahr zurückgehalten wurde, machte er sich entschlossen an die Arbeit und rettete unter dem Einsatz seines Lebens seine Frau. Der Retter sowohl wie die Gerettete verfielen nachher in ein schweres Fieber, das sie aber beide glücklich überstanden. Die Lebensrettung hatte für den Mann eine eigenartige Folge. Seine Frau schrieb ihm, nachdem sie ihr Leben allein seinem Heldennut verdanke, wolle sie ihn glücklich machen und willige jetzt gern in die Scheidung ein. Die Ehe wurde geschieden und die beiden früheren Ehegatten verließen in bester Laune das Gericht.

**Ein internationales Institut für Hochgebirgsphysiologie und Tuberkuloseforschung** ist in Davos mit finanzieller Unterstützung der Schweizer Bundesregierung eingerichtet worden. Auch eine Reihe deutscher Forscher beteiligen sich an den Arbeiten des Institutes. Zurzeit dient das Institut in erster Linie einer Unterstützung des physikalisch-meteorologischen Observatoriums des Professors Dorno, das die Zentrale der internationalen Strahlenforschung darstellt.

**Im Walostium verbrannt** ist in Madrid ein junger Mann, der sich für ein Maskenfest ganz in Papierfädeln eingewickelt hatte. Beim Drämmen durch die Stadt fingen die Papierfädeln infolge der Unvorsichtigkeit eines Zigarettenrauchers Feuer, so daß der Unglückliche halb verkohlt zusammenbrach und starb.

**Eine Alkohol-Räpenidiade.** Der Dampfer „Arthur J. Balfour“ war mit 2000 Risten Whisky in Newyork angekommen. Der Schnaps sollte nach Newyork eingeschmuggelt werden. Kaum hatte der Dampfer die amerikanische Hoheitsgrenze erreicht, als er von einem Küstenpatrouillenboot abgefangen wurde. Bald waren die Polizisten an Bord. Sie schloffen den Kapitän und seine Leute in den Kabinen ein und transportierten den Whisky auf das Patrouillenboot. Einige Leute blieben als Wache auf dem Dampfer zurück, während die anderen mit dem Whisky zum Land hinüberfahren. Die Wache auf dem Dampfer wartete 19 Tage auf die Rückkehr der Kameraden und sah endlich ein, daß diese Kameraden nie zurückkehren würden. Es handelte sich nämlich überhaupt nicht um Polizisten, sondern um ein gelungenes Räpenidiade. Sowohl das Patrouillenboot wie seine Besatzung waren verkleidete Piraten. Als die auf dem Dampfer zurückgebliebenen Whiskydiebe erkannten, daß auch sie von ihren Kameraden betrogen worden waren, segelten sie den Dampfer zum Ufer hinüber, gingen dann in die Boote und ruderten ans Land. Zubor hatten sie die Besatzung des Dampfers entwaffnet. Von den geschickten Whiskyräubern fehlt jede Spur.

Städte, die keine Straßenbahn betreiben. Die „Kosmische Zeitung“ meldet aus New York: Nach der Hauptstadt Washington, die kürzlich Pferde- und Pferdefuhrwerke aus den Hauptstraßen verbannt hat, beschließt jetzt New York sogar die Ausweitung aller Straßenbahnen, die sich als größtes Hindernis für einen Schnellverkehr erweisen. Für den Fall, daß die Stadt berechtigt ist, die Linien für die Bahnhöfe zu fixieren, haben schon Verhandlungen zwischen den Autobus- und Bahngesellschaften begonnen mit dem Ziele, eine Verflechtung herbeizuführen, um die Straßenbahn freiwillig verschwinden zu lassen.

Die Affäre der Gräfin Bothmer, die in diesem Monat wieder neu aufgerollt werden wird, hat durch ein Geständnis der Gräfin, daß sie den verhängnisvollen Brief der Schwester Hieronyma selbst geschrieben habe, eine sensationelle Wendung genommen. Der Prozeß wird am Donnerstag, den 11. März vor dem Großen Schöffengericht in Potsdam seinen Anfang nehmen.

Eröffnung des Personenverkehrs auf der Elbe. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft nimmt ihren Personen- u. Frachtdampfschiffverkehr Samstag, den 6. März auf der ganzen Linie Leitmeritz—Dresden—Mühlberg wieder auf. Werktagsschiffe (nur Werktag gültig) und Wochenfahrten (einschl. Sonntag gültig) gelangen wie bisher zur Ausgabe. Ueber die sonstigen Einrichtungen, Güterbeförderungen usw. erteilen sämtliche Betriebsstellen Auskunft.

Bahnanänderung. Am 15. März d. J. treten folgende Veränderungen im Fahrplan der personenziehenden Züge ein: Strecke Martinitz—Kochlitz a. d. Hf.: Zug 5541 geht von Martinitz 1 Minute

früher ab, 5 Uhr 20 Min. und kommt in Kochlitz a. d. Hf. später an, 6 Uhr 34 Min. — Zug 5555 verkehrt ab Martinitz um 45 Min. früher, Abfahrt Martinitz 18 Uhr 05 Min. — Zug 5544 geht von Kochlitz a. d. Hf. 10 Min. früher ab, 7 Uhr 00 Min. und kommt in Martinitz 6 Min. früher an, 7 Uhr 47 Min.

Das Austauen von Wasserrohren. Nachdem seit einigen Tagen wieder eine starke Kälte eingeseht hat, ist auch die Gefahr eines Einrierens von Wasserrohren, besonders an ungeschützten Außenwänden, wieder nahgerückt. Um sich vor Schäden zu bewahren, die oft kostspielige Reparaturen erfordern, ist in solchen Fällen ein sachgemäßes Austauen der Rohre erforderlich. Dabei ist zu beachten, daß nicht die Mitte eines eingefrorenen Rohres zuerst aufgetaut werden darf, weil sonst die Ausdehnung des Wassers, das von beiden Seiten von Eis eingeschlossen ist, das Rohr leicht zum Wägen bringen kann. Am besten fängt man mit dem Austauen bei dem von der Wasserleitung am entferntesten gelegenen Teile des Rohres an und öffnet gleichzeitig den Hahn, um festzustellen, wann das Wasser wieder zu laufen beginnt. Bei einem Abflußrohr muß man am unteren Ende anfangen, damit das Wasser ablaufen kann. Diese einfache und wirksame Methode besteht in der Verwendung von losendem Wasser oder heißen Tüchern. Bei der nötigen Vorsicht kann man das Rohr auch erwärmen, indem man mit einer Lampe oder brennendem Papier mehrmals schnell daran entlangfährt. Bei unterirdischen oder anderen nicht erreichbaren Rohren muß man das Ende öffnen und eine kleine Röhre einsetzen. Durch einen Trichter gießt man dann losendes Wasser in diese Röhre, schiebt sie in dem Maße weiter, wie das Eis schmilzt und zieht sie dann schnell heraus.

## Die Krise des Arztberufes.

In einem bürgerlichen Blatte führt ein Provinzialarzt aus, wie unangenehm, peinlich sowohl für den Arzt wie auch für den Kranken die Honorarangelegenheit sei. Ein paar Wochen früher las man die Klagen von Ärzten, daß die Patienten ungern Honorare bezahlten.

Über diese Angelegenheit schon etwas nachgedacht hat, wird zur Ueberzeugung gekommen sein, daß der Arzt als Privatunternehmer, Geschäftsmann etwas Unwürdiges ist. Leider muß aber im kapitalistischen Staate jeder Arzt, der nicht eine Krankenanstaltung besitzt oder ausschließlich Kassenarzt ist, auch Geschäftsmann sein. Im sozialistischen Staate wird der Arzt ebenso wenig wie der Mittelschulprofessor oder Lehrer als Privatunternehmer auftreten. Zum Nutzen der Kranken und zum Vorteil des Arztes. Der gewissenhafte Arzt wird sich ausschließlich der Therapie des Kranken widmen können, ohne ein Nebeninteresse zu haben. Die jetzige Kassenarzteinrichtung ist nur eine teilweise Lösung dieser Frage. Wenn der gesamte Arztstand sozialisiert sein wird, da wird es nicht mehr geschehen, daß sich die Patienten beklagen, daß der Kassenarzt die Krankenkassen-Mitglieder in seiner Ordination so rasch als möglich „abwa“, damit er sich so bald als möglich seiner Privatordination widmen könne. Die Ehre des Arztes, der ein gewisses Fixum haben wird, das ihm eine anständige, „standesgemäße“ Lebensführung gewährleistet, wird darin bestehen, jährlich statistisch den Nachweis erbringen zu können, von so und soviel Patienten konsultiert worden zu sein. Ein Vorzeichen für die Sozialisierung im Arztstande sind die städtischen Ärzte und die Schulärzte. Wenn aber die Sozialisierung des Arztstandes durchwegs durchgeführt sein wird, dann wird jeder Kranke, der in einer Stadt wohnt, auch das freie Arztwahlrecht besitzen. Die meistkonsultierten Ärzte müßten dem natürlich noch durch separate Prämien belohnt werden.

Das für den Arztstand beschämende, unlautere Reklamewesen, der schwere Kampf ums Brot bei der Etablierung, die Kräfte, welche aus armen Familien stammen, die meiste Sorge bereitet und sie geradezu nötig, Mitgiftjäger zu werden, der Unflug, daß ein paar „Prominente“ (das Wort für die Schauspielerei paßt auch für die paar Professoren) ein Einkommen nach Hunderttausenden haben, während andere Ärzte am Hungerstode nagen, wird auch aufhören. Und das Beste an der ganzen Sache wird die Lösung der Honorarfrage sein, welche sowohl Ärzten und noch mehr Patienten unangenehm ist — der sozialistische Staat wird seine Bürger unentgeltlich heilen.

Die Angelegenheit der Verstaatlichung des Arztberufes (und auch der Ausgabe der Heilmittel, also des Apothekerberufes) als Vorbereitung der Sozialisierung ist absolut spruchreif und notwendig. Es ist für den Staat wichtiger, seine kranken Bürger durch Ärzte, die er selbst bezahlt, heilen zu lassen, als Professoren für anzustellen, die ihr ganzes Leben nichts tun, wie griechische Verben-Konjugationen zu unterrichten. Unangenehm wird es nur jenen Ärzten sein, die ihre Patienten ausbeuten und reiche Leute werden wollen. Aber um diese Ärzte ist nicht zu stehen. Es gibt leider jetzt beinahe soviel unangenehme als anständige Ärzte. Die Sozialisierung des Arztstandes bedeutet eine ständige Angelegenheit, durch sie wird das Ansehen des Arztstandes, das (wie der unangehorene Zusatz zu den Kurpfuschern, Naturheilärzten usw. beweist) sehr gesunken ist, wieder gehoben werden. — Es ist nur staunenswert, daß aus den Kreisen der Ärzte nicht selbst schon dieser Wunsch ausgesprochen wurde.

Der sozialistische Staat wird natürlich auch keine Spitäler mit Klassenkost und Privatkannentoren kennen. Und viel Unrecht wird dann vielleicht verschwinden, soweit es menschlich möglich ist, Unrecht von der Erde zu bannen.

J. Reisman.

## Kleine Chronik.

### Die „Venus von Milo“.

Paris, Anfang März.

Gewöhnlich ist die „Venus von Milo“ aus Gips, in selteneren Fällen aus Bronze oder Marmor. Ihre Erscheinungsform ist astronomische Inflation; in allen Variationen verkörpert sie das Postulat der Schönheit. Sie ist das Beispiel für die Gesundheit des weiblichen Körpers ohne Korsett; sie ist Reklame für Hüftenhalter und Armpfropfen; sie ist die Weide, die unsere Augen auf Veriticos, und Musikzimmerreden begrafen. Dort erscheint sie abwechselnd als Fruchtstube, Stiefelampe oder Kissenbecher. Die Venus ist in jeder Form käuflich. Alle, die ein trantes Heim ihr eigen nennen, wissen das. Sie ist das Kunstwerk, das am tiefsten zum Massenartikel erniedrigt worden ist. Nur in einer Form ist sie noch einschauungswürdig: im Original!

Auf einem hohen Sockel, mitten in einem kleinen Saale des „Louvre“ erhebt sich die armlose Königin. Ein Gitter schiebt die Grenze zwischen lebenden Menschen und der marmornen Schönheit, die Jahrtausende überdauert hat. Werden aber die unheimlichen neidischen Blicke der Frauen, die Bewunderung zu ihren Füßen heideln, sie nicht einfließen? Für niemanden ist sie neu; die Einmaligkeit dieser Form allein ist das Bewunderungsmoment. So ist sie auch hier nur eine Schemenwahrheit, ein antikes Stück Marmor, ein Ding, tausendmal gekannt und nun in der Urform erblickt. Deshalb legt man sich pietätvoll auf ein der kleinen roten Sofa und betrachtet sie lange — zum erstenmal. Hier ist das Werk des Künstlers zur Vollendung gekommen; niemand sieht ihn noch hinter seiner Schöpfung. Der höchste Grad der Schönheit allein triumphiert. — Man begreift auch, daß die Arme fehlen müssen. Dadurch erhält der Körper

das Rätselhafte, die, oh, und so nahe Tragik der unvollkommenen Vollkommenheit.

Jenseits des Ozeans hat sich irgendein Vandalismus oder Morgan einmal um die Kunst verdient machen wollen. Er schrieb einen Wettbewerb für die Arme der Venus von Milo aus; er wollte sie vollkommen sehen. Man lieferte die Arme in verlockenden Gesten, stattete sie mit Vögeln, Äpfeln, Spiegeln und Schwertern aus. Aber sie ward langweilig. So ist die Schönheit nur in ihrer Unvollkommenheit denkbar. Die Venus von Milo wurde der Ausdruck des Schönheitsempfindens unserer Zeit.

Eine kluge Frau fragte einmal einen klugen Mann, der nach ihrem Empfinden schon ein wenig zu lange vor der Statue stand, ob er diese Frau, selbst wenn sie ganz außerordentlich dumm sei, lieben könne. Er bejahte es, denn er war, wie gesagt, ein kluger Mann. . . . Hobor Lovest.

### Die Arbeitsfähigkeit der Lungenkranken.

Die Frage, wann ein Lungenkranker arbeitsfähig ist, dürfte bei der großen Verbreitung der Lungentuberkulose leider recht häufig aufgeworfen werden. Von vornherein ist zu sagen, daß das Fortschreiten und die Heiligkeit des Krankheitsprozesses keineswegs immer mit der Arbeitsfähigkeit zusammenfällt. Grad, Zeitpunkt und Dauer der Arbeitsunfähigkeit eines Tuberkulösen hängen, wie jüngst Primararzt Dr. Guth (Kuffig) in einem Vortrag vor Ärzten ausführte, nicht allein von ärztlichen Erwägungen, sondern fast gleichermaßen auch von sozialen Faktoren ab. Alle Kräfte kennen Fälle, in denen Menschen mit vorgeschrittener Lungentuberkulose ohne nennenswerte Beschwerden schwere Arbeit verrichten haben und erst dann den Arzt aufsuchen, als beide Lungen in ausgedehntem Maße ergriffen waren. Andererseits gibt es Kranke, die über heftige subjektive Beschwerden klagen und bei

## Volkswirtschaft.

### Sozialdemokratie und Handelsverträge.

Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Deutschland Frankreichs und Belgiens.

Am 26. und 27. Februar d. J. tagte in Brüssel eine Wirtschaftskonferenz der Delegierten der sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs und Belgiens. Die Konferenz sprach die Ueberzeugung aus, daß normale wirtschaftliche Beziehungen erst dann zu erwarten seien, wenn die einzelnen Staaten die Stabilisierung ihrer Währungen erreicht hätten. Sie proklamiert die Dringlichkeit der Zusammenarbeit der drei Länder sowie ihrer wirtschaftlichen Verständigung. Notwendig sei der Abschluß von Handelsverträgen, die zur rationalen Organisation der Produktion und Arbeit beitragen, ohne die die Verwirklichung sozialistischer Reformen nicht ins Auge gefaßt werden könne.

Die unmittelbaren Ziele der auf der Konferenz vertretenen Parteien ist die Durchführung einer umfassenden Handelsvertragspolitik, die auf folgender Grundlage ruhen muß:

1. Allgemeine Anwendung der Meißbegünstigungsklausel;
2. Herabsetzung der Schutzschranken;
3. Verzicht auf alle Maßnahmen zur Festsetzung verschiedener Preise für den inländischen und ausländischen Markt;
4. Aufhebung noch bestehender Ein- und Ausfuhrverbote für bestimmte Waren entsprechend dem Entwurf, der gegenwärtig der internationalen Wirtschaftskommission des Völkerbundes vorliegt;
5. Die Verträge müssen langfristig und an Tarife gebunden sein;
6. Abschaffung des Patzwanges;
7. Vereinbarung über Bedingungen des Verkehrs zu Wasser und zu Lande;
8. Verständigung über die Ein- und Auswanderung;
9. Gegenseitige Anerkennung des Markenschutzes.

Die Konferenz fordert mit Entschiedenheit, daß jedes der drei Länder das Washingtoner Achtstundentagesarbeitsabkommen und die übrigen unter der Leitung der Internationalen Arbeitsamtes beschlossenen Arbeiterabkommen annehme und ratifiziere. Schließlich wird die Veranlassung von Arbeiterorganisationen zu den Verhandlungen über die Handelsverträge als Sachverständige und Delegierte verlangt.

Die Wohnungsbaufähigkeit in Großbritannien. Zur Behebung der privaten Wohnungsbaufähigkeit wurden in Großbritannien in den Jahren 1923 und 1924 zwei Gesetze erlassen, welche die Gewährung staatlicher Beihilfen für private Bauunternehmer festlegen. Gemäß dem ersten Gesetz wird für jedes neuerrichtete Haus, wenn es in Bezug auf Größe und Bauart gewissen Bedingungen entspricht, für die Dauer von 20 Jahren eine jährliche Beihilfe von sechs Pfund gezahlt. Gemäß dem zweiten Gesetz von 1924 wird für jedes solche Haus noch neun Pfund in der Stadt, zwölf Pfund zehn Schilling auf dem Lande, während eines Zeitraumes von 40 Jahren jährlich vom Staate beigesteuert, wenn diese Häuser weder verkauft noch untervermietet sind, und wenn die Mietzins einen gewissen Stand nicht überschreiten. Von 1923 bis 1925 wurden 329.600 Häuser, welche auf diese Beihilfen Anspruch machen konnten, errichtet. Ohne Unterstützung wurden seit 1922 etwa 35.000 Häuser errichtet, so daß man für die Nachkriegszeit zu einer Zahl von 519.600 neuerrichteten Häusern gelangt. Jedoch ist diese Bauartigkeit durchaus noch nicht ausreichend. Bei

Kriegsende wurde die Zahl der fehlenden Häuser auf 500.000 bis 800.000 angegeben und diese Zahl hat sich mindestens ähnlich wie in der Zeit vor dem Krieg noch um etwa 40.000 bis 50.000 jährlich erhöht.

Unfallgefahr und Sterblichkeit im Bergbau. Die Sterblichkeit der Bergarbeiter übersteigt, wie die statistische Studie von Professor Schumann und Dr. Freudenberg aufzeigt, in den jüngeren Jahrgängen bis zum 30. Jahre die durchschnittliche Sterblichkeit, vom 40. Jahre bleibt sie dagegen unter dem Durchschnitt. Eine ähnliche Kurve findet man sonst nur bei Berufen, in denen körperlich schwache Arbeitskräfte tätig sein können, nicht aber dort, wo eine strenge ärztliche Prüfung die Vorbereitung zur Aufnahme ist. Die Uebersterblichkeit der Bergarbeiter der jüngeren Jahrgänge kann daher nur durch die ungeheure Unfallhäufigkeit erklärt werden, die in weit höherem Maße als die schwere Arbeit und die schlechte Luft für die frühe Sterblichkeit der Bergleute verantwortlich ist. Die meisten Unfälle weist die Gruppe der 25. bis 30jährigen Bergarbeiter auf, bei denen 50,5 Prozent aller Todesfälle auf Unfälle zurückzuführen ist, während vergleichsweise bei der männlichen Bevölkerung Berlins im Alter von 20 bis 25 Jahren nur 13,8 Prozent aller Todesfälle auf Unfälle zurückzuführen sind.

Die europäische Auswanderung nach Kanada nimmt ab. Die Einwanderung nach Kanada ist im vergangenen Jahr ganz beträchtlich zurückgegangen. Während der zehn Monate Januar bis Oktober 1925 wurden in Kanada nur 75.000 Einwanderer gezählt gegenüber 115.700 in der gleichen Zeit von 1924, das heißt, die Einwanderung ging um 35 Prozent zurück. Die Einwanderung aus Großbritannien zeigte einen Rückgang von 54.900 auf 32.300, das heißt, um 41 Prozent, die vom europäischen Kontinent um 40 Prozent. Dagegen stieg die Einwanderung aus den Vereinigten Staaten nach Kanada von 14.700 auf 15.400, das heißt, um fünf Prozent.

Prager Produktienbörse. (Offizieller Bericht vom 2. März.) Die Tendenz der heutigen Börse war auf den meisten Gebieten etwas flauer. Der Preisrückgang in Amerika beeinflusst unangenehm den hiesigen Marktverkehr. Am Getreidemarkte wurde mehr prima Weizen und reichdeutscher Roggen gesucht. Sonst blieben am Getreidemarkte die letzten Preise aufrecht. Von Futtermitteln tendierte flauer Mais. Auf den übrigen Märkten verlief fest. Allgemein litt der Verkehr unter einem größeren Angebots. Trotzdem waren die Preise meistens widerstandsfähig und verminderten sich auf den meisten Gebieten zu behaupten. — Es notieren in Kk: Böhmisches Weizen, Prag 190—195, böhm. Roggen, Prag 120—130, böhm. Merkantilerste, Prag 130 bis 135, böhm. Auswählerste, Prag 140—150, böhmischer Hafer, teuchter, Prag 130—135, böhm. Weizhafer, Prag 140—145, deutscher Roggen 120—135, amerik. Patentmehl, Teufden 355—365, ung. Mehl 056, Preßburg 350—355, Weizenmehl 056 195 bis 205, Weizenbrotmehl Nr. 4 225—235, Roggenmehl 01 210—215, Weizenmehl 1 350—360, Weizenmehl 270—280, Reis Burma II., Teufden 270 bis 280, Reis Arracan, Teufden 290—325, Reis Moulman extra, 345—350, Reis ital., poliert, Prag 415, Kaffee Rio 27.50—28, Kaffee Santos 30—32, Kaffee Guatemala 34.50—38, Kaffee Portorico 37.50 bis 40, Tee Souchong 54, Tee Orange Pees 58—65, Vanillmohlen 38, Mandeln geklaubte 41, Rosinen 15—22, Mohlen böhm. 8—10, Kammeln böhm. 4.06 bis 4.75, Kammeln holländischer 5.25, Erbsen grüne 2.50 bis 3.50, Erbsen gelbe 1.75—2.20, Erbsen Victoria 2.50—3.20, Linsen 3—4.50, Weizbohnen 1.50—2.50, Hirse 2.85, amer. Fett, Teufden 13.80—14, Fett ung. Zw. 13.90—14, Eschfartoffeln, Verladestation 30—34, Industrieartoffeln, Verladestation 26—30, Mais jugosl., Preßburg 90, Mais rum., Keinförniger, Oderberg 110.

denen der Arzt lange Zeit über kaum irgendwelche krankhaften Erscheinungen an der Zunge feststellen kann. Schon hieraus allein ergeben sich für den Arzt die größten Schwierigkeiten. Als weiterer ausschlaggebender Faktor für die Leistungsfähigkeit des Tuberkulösen ist die durch äußere oder innere Momente bedingte psychische Verfassung des Kranken ins Gewicht fallend. Aber außer der Feststellung, ob der betreffende Tuberkulöse arbeitsfähig ist oder nicht, ist noch ein weiterer wesentlicher Umstand zu berücksichtigen: das ist die Erwägung, ob nicht durch die Arbeit der Zustand verschlimmert wird! Hier wie bei der Feststellung der Arbeitsfähigkeit überhaupt kann der gewissenhafte Arzt meist nur nach gründlicher langdauernder Beobachtung ein Urteil abgeben. Häufig werden außer den modernen Untersuchungsmethoden aller Art auch noch Belastungsproben vorgenommen werden müssen, ehe der Arzt den Kranken für arbeitsfähig oder -unfähig erklärt.

Da die beginnende Lungentuberkulose, selbst wenn sie Reigung zum Fortschreiten aufweist, bei frühzeitiger Heilstättenbehandlung die besten Aussichten bietet, so wird man solche Patienten, sofern das Stadium der Erkrankung einwandfrei festgestellt ist, ohne weiteres als arbeitsfähig erklären, um vor allem die Anstaltsbehandlung und die erforderliche Nachkur in mäßigem Umfang rechtzeitig durchzuführen lassen zu können. Bei fortgeschrittenen Kranken dürfte wohl eigentlich immer nur teilweise Arbeitsfähigkeit bestehen und, wie schon gesagt, nur bei längerer Beobachtungsdauer ein ärztliches Urteil über den Grad der Arbeitsfähigkeit gefällt werden können.

### Wandernde Gebäude.

Es ist seit langem zur Übung geworden, daß Kunstschätze des alten Europa hinüberwandern nach Amerika. Bisher hat es sich dabei vorwiegend um Werke der bildenden Kunst gehandelt. Neu dürfte

aber sein, daß jetzt auch ganze Bauten diese Reise unternehmen. Schon vor einiger Zeit erwarteten Amerikaner die berühmte Warwick Priory in England, brachen sie ab und stellten sie in Richmond im Staate Virginia wieder auf. In letzter Zeit sind die englischen Gesellschaften zum Schutze alter Kunstdenkmäler und die örtlichen Kunstvereinigungen sehr erregt darüber, daß ein anderes altes historisches Gebäude, Agcrost Hall in der Nähe von Manchester, in den Besitz eines reichen Amerikaners übergegangen ist, der es gleichfalls in Amerika aufstellen lassen will. Die Verhandlungen wurden so geheim geführt, daß die Gesellschaften zu spät davon erfahren haben. Agcrost Hall ist ein umfangreiches Gebäude, das sich um einen großen Hof herumzieht. Es liegt auf einem steil abfallenden Fange und ist wahrscheinlich in seinen Hauptteilen schon zur Zeit Heinrich VII. oder Heinrich VIII. erbaut worden. Der zweistöckige Bau ist mit grauem Stein gedeckt, und die Gebäudemauern der großen Halle zeigt reiche Verzierungen, so daß eine außerordentlich malerische Wirkung ergibt wird. Die Zimmer sind teilweise modernisiert, doch sind in der Bibliothek noch alte Glasfenster mit Wappen erhalten. Man kann sich schwer vorstellen, wie ein so umfangreiches Bauwerk — die große Halle ist 29 Fuß lang und über 23 Fuß breit — auf den Schiffen untergebracht wird. Agcrost Hall ist seit 1861 bis jetzt im Besitz der Familie Dauntzen gewesen. Wenn die Mitteilungen englischer Blätter zutreffen, daß die Amerikaner gegenwärtig eine wahre Leidenschaft dafür zeigen, alte Bauendenkmäler nach Amerika zu verpflanzen, so könnte vielleicht auch aus Deutschland noch das eine oder andere „Schmuckstück“ den Weg über den großen Teich antreten. Hoffen wir also auf den Industriekapitän, der sich die Berliner „Vuppelacker“ als Objekt dieser eigenartigen Sammlerleidenschaft erwählt!

### Der Sternenhimmel im Monat März.

Die glänzenden Bilder des Sternenhimmels verfliegen immer früher am westlichen Horizont. Bei Eintritt der Nacht sieht man noch Sirius am Südhimmel glänzen. Ende März sind Orion und großer Hund bei Beginn der Nacht dem Untergange schon sehr nahe. Auch Andromeda mit dem berühmten Andromeda-Nebel, dem zweitgrößten mit den Augen noch wahrnehmbaren Nebel, ist nur noch bis Mitte Monat in den frühen Abendstunden tief im Westen zu sehen. Immer früher steigen im Osten die Sternbilder der Jungfrau mit der Spika, Bootes mit dem gelblichen Arktur und die Krone heraus. Auch von den Sternen des Herkules werden immer mehr im Nordosten sichtbar. Am Mittwoch ist tief im Nordosten auch die Vega in der Leier, der hellste Stern der nördlichen Hemisphäre, zu sehen. Die Zwillinge Kastor und Pollux, der Löwe mit dem Regulus, kleiner Hund mit dem Procyon (d. i. der vor dem Hunde) und großer Bär heften sich dem Himmel. Tief im Süden unter dem Krebs steht in den späteren Abendstunden das langgestreckte Band der Wasserschlange. Wir wollen heute einmal den Blick gegen den vorlehten Schwanzstern des großen Bären richten, der das mit freiem Auge noch sichtbare Reiterlein zum Nachbar hat, von den Arabern Mizar genannt, Alkor, das Reiterlein. Spektroskopische und die modernen Hilfsmittel astronomischer Beobachtung haben ergeben, daß wir es hier mit einem fünffachen Sternensystem zu tun haben. Mizar hat zunächst einen sehr nahen Begleiter, der in 2 1/2 Tagen mit 150 Kilometer Geschwindigkeit um ihn kreist, sodann einen nur mit Teleskopen wahrnehmbaren Begleiter mit etwa 1000-jähriger Umlaufzeit. Um dieses dreifache System erst zieht Alkor im Laufe ungezählter Jahrtausende seine weite Bahn und wird dabei in wenigen Stunden selbst wieder von einem fünften Stern umkreist. Wenn es in diesem System dann auch noch Planeten gäbe? Welches Schauspiel müßten dann Bewohner eines solchen Planeten erleben!

In den Monaten Jänner, Feber und März, namentlich im letzteren, kann man nach Sonnenuntergang, wenn andere Lichtquellen nicht störend wirken, zuweilen die schöne Pyramide zartesten Lichtes schräg über den Horizont aufsteigen sehen, nahe der Ebene des Tierkreises, daher Zodiacallicht genannt. Wir finden es zuerst von dem Astronomen des 17. Jahrhunderts D. Cassini erwähnt. Ueber die wahre Natur dieser Lichterscheinung herrscht heute noch keine volle Klarheit. Vielleicht ist es eine Wolke kosmischen Staubes, die ähnlich den Kometen im Sonnenlicht leuchtet, sie wird auch als ein Ring gesehen, der die Erde in gewisser Entfernung umgibt.

Außer Merkur, der Anfang März mit Dämmerungsende, Ende Monat unmittelbar nach der Sonne unter den Horizont taucht, also um den 19. d. M. recht gut zu beobachten ist, ist kein Planet am Abendhimmel sichtbar. Vor Sonnenaufgang aber weitest Venus und Jupiter in ihrem Leuchten am Morgenhimmel. Am 14. erreicht Venus die Stellung größten Glanzes. Am 22. mittags geht Venus an Jupiter vorüber (dem freien Auge allerdings nicht sichtbar) nicht allzu hoch über dem Paar steht Mars, der um 5 Uhr aufsteht. Am Südhimmel erscheint gegen den 10. um Mitternacht Saturn, Ende März schon vor 11 Uhr abends über dem östlichen Horizont. Die Sonne tritt am 21. aus dem Zeichen der Fische in das des Widders über; der astronomische Frühling beginnt am 21. März vorm. 10 Uhr MEZ (mitteleuropäischer Zeit).

Nach Cheloni wäre der März der sternschwuppenreichste Monat. Im allgemeinen ist jedoch das Frühjahr ärmer als der Herbst, der die größeren Schwärme bringt. Man wird jedoch auch dieser Erscheinung seine Aufmerksamkeit schenken können.

B. A. R.

Verbreitet den „Sozialdemokrat.“

### Der Film.

Der Postmeister, eine der literarisch wertvollsten Novellen von A. Puskin, ist von der Meschrapom Rus mit Iwan Moskwin vom Moskauer Künstlertheater verfilmt worden.

Später Frühling betitelt sich ein ergreifender Universal-Film, der sowohl durch seine rührende Fabel als auch durch die guten Leistungen der Hauptdarsteller auffällt. Es ist der Roman eines alternden Mädchens, das einen jungen Mann liebgewinnt und heiratet, um ihn später in edelmütiger Selbstverleugnung die Freiheit wiederzugeben, als sie sich von seiner Liebe zu ihrer jüngeren Schwester überzeugt. Alle drei Personen sind echte, natürliche Menschen, edel denkende und ebenso handelnde Gestalten, und das Stück ist von einer gewissen herben Reinheit überhaucht, so daß es gänzlich aus dem Rahmen des Ueblichen fällt. In der Hauptrolle Paula Frederich, die besonders in der zweiten Hälfte der Handlung ein durchgeistigtes Spiel zum Besten gibt; sie schafft ein packendes Seelengemälde einer Frau, die liebt und leidet und doch verzichtet, um dem geliebten Mann nicht im Wege zum Glück zu stehen.

Pat und Patagon als „Mädchen für alles“. Die beiden einzigartigen Grottesk-Komiker, deren wechselvolles Zusammenspiel immer neue Originaltypen schafft, haben wohl noch keinen Film gedreht, der ein Verfolger wäre. Auch als „Mädchen für alles“ bieten sie zweifelslos herrliche Szenen. Ihr Gagabundensguck und ihr Galgenhumor sind unerschöpfliche Quellen herzerfrischenden Humors. Sie sind neben den Amerikanern Chaplin und Fatty noch die einzigen Filmkünstler, die wirkliche Lustspiele schaffen.

Ihre kleine Majestät. Schon der Titel ist kitschig und könnte über einem Courts-Mahler-Roman stehen. Wie aber die Dänen so einen Kitsch flamen, das beweist, daß sie auch da den Amerikanern über sind. In Hollywood gedreht, wäre diese Geschichte von der Oberstochter, die zur Schmiere durchgeht und dann, zu einem Pfarrer in die Moral-Belehre gegeben, den liebenswürdigen Pfarrer selbst heiratet, ein unverdaulicher, limonadenhaft süßlicher Schmarren. Von Gunnar Tolnaes verfilmt, hat es doch einen guten Schuß Natur, gibt schöne Landschaftsaufnahmen, ein paar gelungene Einfälle und hat Ansätze zur Charakteristik, so daß man sich minutenlang wirklich freuen kann. Dazu kommt, daß die „Kleine Majestät“ nicht eine alberne amerikanische Filmpuppe a la Talmaque u. Co. ist, sondern ein wirklich schönes Mädel, die Temperament hat wie Offi Ostwalds, Augen wie Henny Porten und den Körper einer Tänzerin. Sie heißt Margit Alfven und trägt viel mehr noch als der „göttliche“ Tolnaes dazu bei, den kitschigen Stoff zu einem netten, ihrem halben Stellenweise sogar sehr hübschen, Spielfilm zu machen, was man in Amerika nie trafe.

Don Quemado, der Herr der Berge ist eine ziemlich gelungene Kopie des großen Doug, ohne natürlich diesen auch bei weitem zu erreichen. In der Hauptrolle ist Fred Tompson und wir können mit Schiller sagen: „Wie er sich räuspert und wie er spricht, das hat er ihm glücklich abgeguckt...“ Run, Douglas Fairbanks ist er einmal entschieden nicht, dazu fehlt ihm sehr viel, aber der Film weist starke Ähnlichkeiten mit seiner Vorlage auf: ein stilles Tempo, körperliche Gewandtheit, Heldentüchtigkeit, die unwillkürlich an Sherlock Holmes erinnern, dem auch nie etwas gefehlt, kurz gesagt, lauter Dinge, die man sich zur Unterhaltung gerne ansieht. Es imponiert einem Europäer doch nur, wenn sich ein Don Quemado mit dem geliebten Mädchen im wildesten Galopp trauen läßt und wenn der Priester, der vorne reitet, verkehrt auf dem rasenden Pferde sitzt und die beiden jungen Leute fürs Leben zusammenkoppelt... Warum nicht, man will manchmal auch so etwas sehen.

Der Revolutionsfilm im historischen Kostüm. Das russische staatliche Film-Monopol hat aus der Staatsgarderobe des letzten Zarenpaars und ihres

Hofstaates nicht weniger als fünftausend Uniformen, Ausrüstungsstücke und dergleichen und einige tausend chinesische, kaukasische und ukrainische Nationalkostüme erworben, um damit einen Film auszustatten, in dem die Revolution von 1905 dargestellt werden soll. Die Regisseure haben den größten Wert darauf gelegt, das Milieu des Hofes, das dabei gezeigt werden soll, so echt wie möglich zu gestalten.

### Literatur.

Das Parteitagprotokoll der österreichischen Sozialdemokraten erschienen! Der letzte Parteitag der österreichischen Genossen hat sich bekanntlich vor allem mit dem Agrarprogramm beschäftigt. Die große Debatte, die darüber abgeführt wurde, ist für jeden, der sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigt, von größtem Interesse. Die umfassende Erörterung der mannigfachen Probleme führt in eine der wichtigsten Parteifragen ein. Schon aus diesem Grunde verdient das Parteitagprotokoll, das auch den umfassenden Bericht des Parteivorstandes über die ganze Arbeiterbewegung enthält, die weiteste Verbreitung. Der 32 Seiten starke Band kostet nur 30 K (durch die Organisationen 25 K) und ist bei der Wiener Volksbuchhandlung zu beziehen.

### Kunst und Wissen.

B. Molinari dirigiert am 4. März im Smetana-Sale Dvořaks „Stabat mater“. Mitwirkende: Prager Kapell, B. Philharmonie und Solisten. — Wiederholung am 5. und 9. März in der Luzerna. Karten bei Wepler und Truhlar.

Pablo Casals, der berühmteste Cellist der Welt, wird am 18. März in der Luzerna ein einziges Konzert geben. Am Programm: Konzerte von Haydn und Dvořak; nachdem wird Casals eine Orchesternummer dirigieren. Karten bei Wepler und Truhlar.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch halb 8 Uhr „Die Insel der Affen“, Donnerstag um 6 Uhr abends Gastspiel Richard Schubert: Tristan und Isolde, Freitag halb 8 Uhr abends „Julius Caesar“, Samstag „Die heilige Ente“, Sonntag halb 3 Uhr nachm. Arbeitervorstellung Gastspiel Kramer „Der Teufel, abends „Die verkaufte Frau“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch abends „Die Mama vom Ballett“, Donnerstag abends „Charleys Tante“, Freitag (Deutscher Kulturabend) „Die Puppe“, Samstag Premiere „Jonny's Busenfreund“, Sonntag nachm. „Die Mama vom Ballett“, abends „Jonny's Busenfreund“, Montag (Bankbeamtenvorstellung) „Charleys Tante“.

### Turnen und Sport.

Zum Länderkampf Tschechoslowakei—Österreich, welcher am 14. März in Wien zur Austragung gelangt, stellt die Tschechoslowakei folgendes Team: Hochmann; Hojer, Berner; Kolonath, Rada, Cervený; Sedláček (alle Sparta), Soltys (Slavia), Dvořák, Hajny (Sparta), Jelinek (Victoria Zizkov), Ersatzleute: Kummermann (Slavia), Vonda und D. Novak (Victoria). Im Städtepiel Wien gegen Prag, welches am gleichen Tage in Prag stattfindet, wird Prag wie folgt vertreten sein: Maniřka; Hojer, Seifert; Mlobr (alle Slavia), Carvan, König (Victoria); Simonek (Slavia), Krizal, Meduna (Victoria), Siny (Slavia), Wares (Victoria). Ersatzleute: Hode (Ruselst), Steiner, Polak.

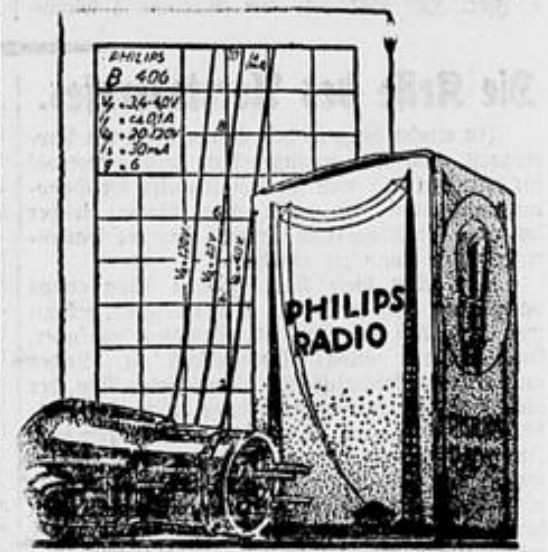
Herausgeber Dr. Ludwig Czech. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Bel (Sparta), Ryšavy (Meteor VIII) und Cipera (CZSČ).

Prager Fußball. Heute Ligaspiel Sparta g. Ruselsty SK. — Samstag: Slavia Amateure gegen DFC. Amateure. — Sonntag: Ligaspiele: Liben gegen Bršovice, Meteor VIII gegen CZSČ, Kladsno gegen Cechie VIII, Cechie Karlin geg. Victoria Zizkov. Freundschaftsspiele: Slavan, Wien gegen Sparta, Slavia gegen DFC, Slavia II. Prof. gegen Deutsche Sportbrüder, Ruselsty gegen Union Zizkov.

Am dem 50 Kilometer-Lauf des Holm-Follen-Kennens, das alljährlich bei Oslo als bedeutendste Winter Sportveranstaltung Norwegens stattfindet, nahmen nicht weniger als 118 Läufer teil. Neben den besten Vertretern aus Norwegen, Schweden und Finnland starteten für Deutschland die beiden Münchener Solleder und Ernst Huber. Norwegen vermochte die ersten vier Plätze zu besetzen. Es siegte als Erster Kjellbotn in 8:45:19. Den fünften und sechsten Platz belegten zwei Finnenländer. Unter den ersten zehn befand sich weder ein Deutscher noch ein Schwede. Der 17 Kilometer-Lauf fand bei starkem Regen statt. Es siegte der Norweger Grötum-Ströaten mit 1:09:54 gegen Kjellbotn mit 1:14:17. Der Sieger der Juniorenklasse über 17 Kilometer, der Norweger Ruseu brauchte nur 1:11:25.

Einen neuen Weltrekord im Eisbahnlauf stellte der junge Norweger Einar Hagen auf, indem er 5000 Meter in 8:37 Min. zurücklegte. Diese Zeit ist um 5 1/2 Sekunden besser als die des Weltmeisters Ballangrud.



DIE BESTE LAMPE FÜR NIEDERFREQUENZVERSTÄRKUNG PHILIPS RADIO B 400. VERWENDEN SIE IN IHREM VIERTAMPENAPPARAT ZWEI A 410 UND ZWEI B 406.

**Kalla's Fischkonserven**  
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.  
Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

### Unig mit Konzert- und Theaterprogrammen.

Von Edwin Kanetschel.

Konzert- und Theaterprogramme haben den Zweck, das Publikum über die aufgeführten Werke und Konzertsätze zu informieren und auf die Konzerte und Theateraufführungen vorzubereiten, das heißt, für diese aufnahmefähig zu machen. In diesem Sinne kommt ihnen vollkommene Bedeutung zu. Denn sie sind für jene Konzert- und Theaterbesucher, die nicht musikalisch vorgebildet sind, — und diese stellen einen ansehnlichen Prozentsatz des Publikums dar, — die einzige Quelle musikalischen Wissens für den momentanen Gebrauch. Zwendentsprechende Theater- und Konzertprogramme sollen daher enthalten: die wichtigsten biographischen Daten über die Autoren (Komponisten usw.) der aufgeführten Werke, Mitteilungen über diese Werke selbst und ihre Stellung in der Musikliteratur im allgemeinen und im Schaffen des betreffenden Komponisten im besonderen, Besprechungen und Erklärungen dieser Werke (Analysen und Auslegungen), Mitteilungen über die Zeit ihrer Entstehung und über die Beweggründe ihrer Schöpfung, kurz alle jene notwendigen musikalischen, musikhistorischen und musikalischen Angaben, die zu ihrem richtigen Verständnis erforderlich sind. Wir wollen zugeben, daß manche Konzertveranstalter heute schon mit derartigen Musier-Vortragsordnungen auswarten. Die überwiegende Mehrheit unserer modernen Theater- und Konzertprogramme aber bietet inhaltlich wenig oder gar nichts, was dem Konzert- und Theaterbesucher Nutzen bringen könnte. Viele dieser fragwürdigen

Konzertprogramme begnügen sich mit der bloßen, nicht einmal immer richtigen Anführung der Komponisten und ihrer Werke, geben weder deren Tonarten noch Opusnummern an, in den seltensten Fällen die notwendige detaillierte Gliederung der Werke nach Sätzen oder Akten, wieder andere lassen beispielsweise bei Sängerkonzerten die unumgänglich nötige Wiedergabe der Liedertexte vermissen, verschweigen den Klavierbegleiter, bei Liedern den doch sicher gleichberechtigten Textdichter usw. Dagegen gewähren die meisten Programme den geschäftlichen Aufzählungen aller Art verschwendendsten Raum, oft in so übertriebener Weise, daß es geraume Zeit erfordert und viel Geduld dazu gehört, sich in dem Rummelbunt von Annoncen zurecht und die eigentlichen konzertmäßige Aufzählung und Programmangabe zu finden. Es gibt in diesem Sinne Konzert- und Theaterprogramme, die einer recht umfangreichen gehefteten Broschüre gleichkommen, bei denen aber der eigentliche Hauptteil der Vortragsordnung selbst kaum eine ganze Seite ausmacht.

Ohne einen Kreuzzug gegen die Verungüertung und Ueberschwendung der Theater- und Konzertprogramme durch die Reklame zu eröffnen, weil ohne weiteres einzusehen ist, daß diese bedeutende Verdienstmöglichkeit durch das Programm für den Konzertunternehmer und Theaterleiter eine nicht zu missende Einnahmequelle bedeutet, muß dennoch entschieden dagegen Stellung genommen werden, daß unter der zunehmenden Ausbreitung der Reklame auf Konzert- und Theaterzetteln deren eigentliche Bestimmung übersehen und das Publikum geschädigt wird. Geschädigt wird in doppelter Weise. Denn einmal wird es verführt in seinen Musikbildungsmöglichkeiten und zum andernmal zahlt es einen Preis für das Programm, der in gar keinem Verhältnis zu seinem Inhalte

und zu seinen Herstellungskosten steht. Der Konzertunternehmer läßt sich nämlich die Druck- und Herstellungskosten der Programme schon durch die hohen Inserenten bezahlen, so daß der Verkauf der Programme an das Publikum einen nicht verdienten Separatgewinn der Konzerte für ihn darstellt. Dem monatlichen Konzertunternehmer sind unerschämmt genug, sich derartige, schon durch die Annoncen bezahlt gemachte Programme, die konzertinhaltlich für die notwendigste Programmangabe enthalten, noch mit zwei bis drei Kronen vom einzelnen Konzertbesucher bezahlen zu lassen. Diesem Programmzusatz zu begeben, gibt es nur ein Mittel: solidarisches Vorgehen des Publikums, derartige Programme nicht zu kaufen und eine allgemeine Programmangabe (mündlich oder durch allgemeine zugängliche Affichierung) zu fordern. Mehr oder weniger ist das Verlangen nach einer Programmangabe sogar das gute Recht des Konzertbesuchers; denn das Programm bildet einen integrierenden Bestandteil des ersten Konzerts. Vor wenigen Jahren noch war es allenthalben in den größeren Konzertsentren Gebräuchlich, in manchen Konzertsentren ist es sogar noch heute üblich, daß Konzertprogramme und Eintrittskarte ein zusammenhängendes Ganzes bilden und bilden, das heißt, daß die Eintrittskarte entweder einfach mit der Nummer versehenes Konzertprogramm ist, oder daß die Eintrittskarte aus zwei durch Perforierung getrennten Teilen besteht, dem Konzertzettel (Vortragsfolge) und der unten angefügten eigentlichen Eintrittskarte. In diesem Falle ist also im Preise des Konzertbilletts auch jener für die Vortragsordnung mitenthalten oder aber wird das Programm dem Konzertbesucher als selbstverständlicher und pflichtgemäßiger Konzertbesuch unentgeltlich beigegeben. Wie mysteriös Konzerte und Theaterpro-

gramme sein können, lehnen vereinsamte Ausnahmefälle. So jenseit der deutschen Arbeiterschaft in der Tschechoslowakischen Republik. Bei den Sonntags-Nachmittagsvorstellungen des Vereines deutscher Arbeiter in Prag wird das Theaterprogramm in jedem Besucher unentgeltlich ausgefolgt, ein Programm aber, das nicht nur den offiziellen Theaterzettel enthält, sondern auch jedesmal wertvolle Einführungen in die zur Aufführung gelangenden Opern und Dramen bringt. Ebenso vorbildlich sind die Programmhefte der jährlich von den Kreisbildungsausschüssen der deutschen Arbeiterpartei in der tschechoböhmischen Provinz (vor allem in Aussig und Teichsen) veranstalteten Arbeiter-Sinfoniekonzerte, in denen der musikalisch nicht vorgebildete Konzertteilnehmer nicht nur über die aufgeführten Konzertwerke und ihre Schöpfer in eingehender und musterhaftig sachgemäßer Weise unterrichtet wird, sondern aus denen er auch allgemeine musikalische Bildung zu schöpfen in der Lage ist und für die er, da sie für sechs oder mehr Konzerte zwei, höchstens drei Kronen kosten, per Konzert kaum mehr als fünfzig Heller ausgibt. Auch der deutsche Kammermusikverein in Prag und der deutsche musikalisch-pädagogische Verband deselben Konzertortes verabsorgen die Vortragsordnungen ihrer Veranstaltungen unentgeltlich an die Besucher. Jedenfalls ist aus diesen Beispielen, insbesondere aus jenen durch die wenig begüterte Arbeiterschaft so vorbildlich gegebenen, zu ersehen, daß der Umgang mit Konzert- und Theaterprogrammen, wie er sich in Konzertsentren der Großstädte mehr und mehr zum Schaden des Publikums ausbreitet, durch nichts gerechtfertigt und daher aufs schärfste zu bekämpfen ist.